

Süd-Nord-Gefälle eingeebnet? — Zur räumlichen Wirtschaftsentwicklung in Westdeutschland	67
Entwicklung der Einkommenspositionen von Haus- haltsgruppen in Deutschland	79
Zahlenbeilage	

3. Ex

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 3/99

Berlin

21. Januar 1999

66. Jahrgang

Süd-Nord-Gefälle eingeebnet?

Zur räumlichen Wirtschaftsentwicklung in Westdeutschland

In Westdeutschland hat sich der Süden über Jahrzehnte hinweg ökonomisch günstiger entwickelt als die übrigen Landesteile. Dieses oft als Süd-Nord-Gefälle bezeichnete Phänomen läßt sich an nahezu allen Kennziffern zu Wirtschaft und Arbeitsmarkt ablesen, und ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Bevölkerungsentwicklung. Die Verlagerung der wirtschaftlichen Gewichte hatte auch eine qualitative Komponente: Moderne und hochwertige Produktionen expandierten vor allem im Süden, während im Norden und im Westen die alten Leitsektoren und Vernetzungen bestimmend blieben. Die Differenzen in der Wirtschaftskraft zwischen diesen drei Großräumen haben sich umgekehrt. Der Süden liegt inzwischen — gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner — um ein Zehntel über dem westdeutschen Durchschnitt, der Westen um ein Zehntel darunter.

Das vertraute räumliche Entwicklungsmuster scheint indes seit Beginn der 90er Jahre so nicht mehr zu bestehen. Zwar fällt der Westen wirtschaftlich weiter zurück, aber die nördlichen Bundesländer erreichen ein ebenso hohes Wachstum wie die südlichen. Im vorliegenden Bericht wird nach Erklärungen für diesen Trendwechsel gesucht, und es wird der Frage nachgegangen, ob es sich um eine dauerhafte oder nur um eine durch Sondereffekte hervorgerufene, vorübergehende Entwicklung handelt.

Das Phänomen ...

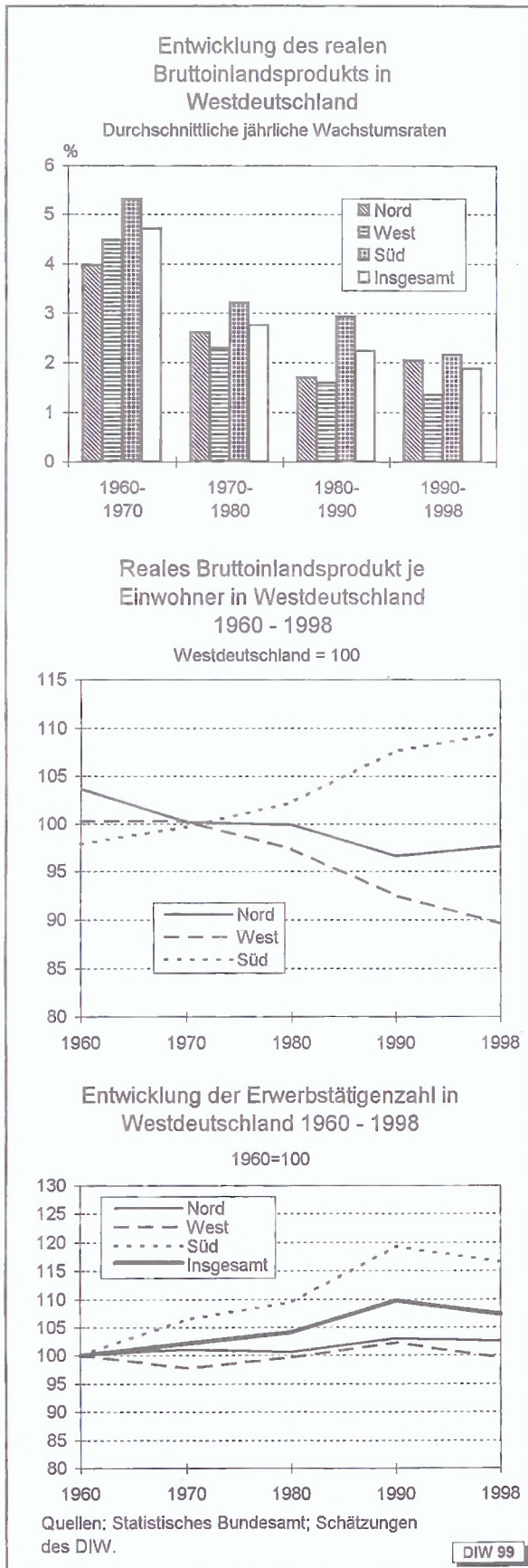
In den Jahrzehnten vor der Vereinigung Deutschlands war es im früheren Bundesgebiet zu einer deutlichen Verlagerung der wirtschaftlichen Potentiale zugunsten des Südens gekommen. Im Zuge dieser Entwicklung schob sich beispielsweise das ökonomisch zunächst rückständige Bayern in die Spitzengruppe der westdeutschen Bundesländer vor, das ehemals „reiche“ Nordrhein-Westfalen nimmt dagegen nur noch eine Mittelposition ein.

Die Verschiebungen im räumlichen Wirtschaftsgefüge werden hier im wesentlichen für drei Großregionen dargestellt. Dabei werden benachbarte Länder zu Gruppen zusammengefaßt:

- Nord (Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen),
- West (Nordrhein-Westfalen, Saarland, Rheinland-Pfalz) und
- Süd (Hessen, Baden-Württemberg, Bayern).

Durch diese Vereinfachung, die der Übersichtlichkeit dient, werden zwar manche regionalen Besonderheiten verdeckt, zwischen den jeweils zusammengefaßten Ländern gibt es aber auch große Ähnlichkeiten in der Struktur und der Entwicklung der Wirtschaft. Gewisse Unschärfen in der Analyse ergeben sich dadurch, daß das Raster der Bundesländer zu grob ist, um raumtypische Entwicklungen exakt abzubilden. Beispielsweise müßte Nordhessen

Abbildung 1



seiner geographischen Lage und wirtschaftlichen Struktur nach eher zum Norden gerechnet werden, und der Wirtschaftsraum Mannheim/Ludwigshafen dürfte nicht getrennt werden. Solche Ungenauigkeiten müssen aber in Kauf genommen werden, wenn längere Zeiträume betrachtet werden sollen, denn für Gebietseinheiten unterhalb der Landesebene gibt es nicht genügend Daten.¹ Damit dennoch auch kleinräumliche Entwicklungen sichtbar werden, wird ergänzend für die 80er und 90er Jahre die Veränderung der Beschäftigung in den Raumordnungsregionen dargestellt.

Das Bruttoinlandsprodukt ist in den 60er Jahren im Süden deutlich stärker gewachsen als in den beiden anderen Teilräumen. Diese Entwicklung hat sich in den 70er Jahren — bei erheblich niedrigeren Zuwachsraten in Westdeutschland insgesamt — fortgesetzt und im Jahrzehnt darauf sogar noch akzentuiert (Abbildung 1). Der Westen, der sich in den 60er Jahren günstiger entwickelte als der Norden, ist in der Zeit danach — vor allem geprägt durch die mangelnde wirtschaftliche Dynamik in Nordrhein-Westfalen — auf die letzte Position zurückgefallen.

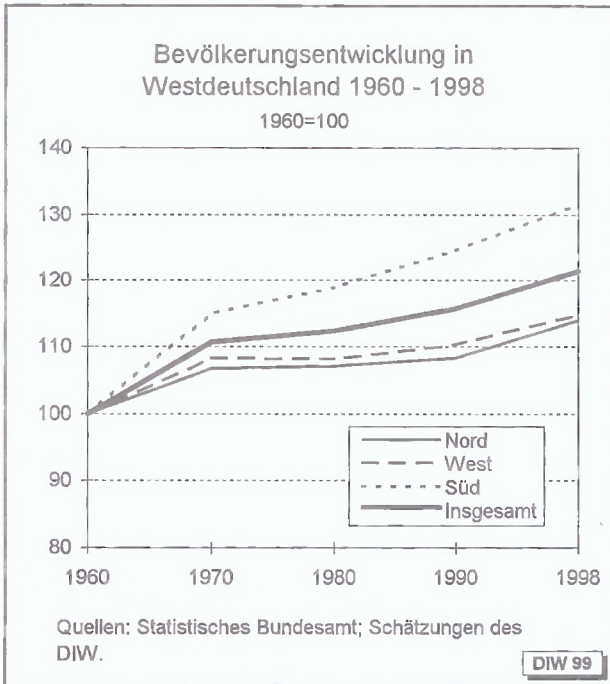
Regionale Disparitäten im Tempo des Wirtschaftswachstums prägen die jeweiligen Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten. Dies schlägt sich in unterschiedlichen Niveaus und Strukturen der Arbeitslosigkeit nieder, führt aber auch zu Wanderungsbewegungen. Die wirtschaftlichen Entwicklungen haben in beiderlei Hinsicht deutliche räumliche Differenzierungen bewirkt:

- Im Süden hat die Bevölkerung von 1960 bis 1990 mehr als doppelt so stark zugenommen wie in den beiden anderen Regionen (Abbildung 2). Zwar haben auch Abweichungen in der natürlichen Bevölkerungsentwicklung eine gewisse Rolle gespielt, im wesentlichen sind die Entwicklungsdifferenzen aber durch Wanderungen, vor allem von Erwerbspersonen, entstanden.
- Durch die Wanderungen von Erwerbspersonen sind aber die räumlichen Unterschiede im Arbeitsplatzangebot keineswegs vollständig kompensiert worden. Vielmehr ist — ausgehend von allgemeiner Vollbeschäftigung in den 60er Jahren — die Arbeitslosigkeit im Norden und im Westen wesentlich stärker gestiegen als im Süden. Dies hat im Laufe der Zeit zu enormen Differenzen zwischen den Großräumen geführt: Bezogen auf 1 000 Einwohner waren 1990 im Norden 36, im Westen 32 und im Süden 18 Erwerbspersonen als arbeitslos registriert (Abbildung 3).

Eine kleinräumlichere Betrachtung, in die allerdings weit zurückliegende Zeiträume nicht einbezogen werden können, führt zu einem nicht weniger eindeutigen Bild: In nahezu allen südlichen Raumordnungsregionen ist die Zahl der Beschäftigten von 1980 bis 1990 überdurchschnittlich bis stark gestiegen. Frühere Befunde, die auf

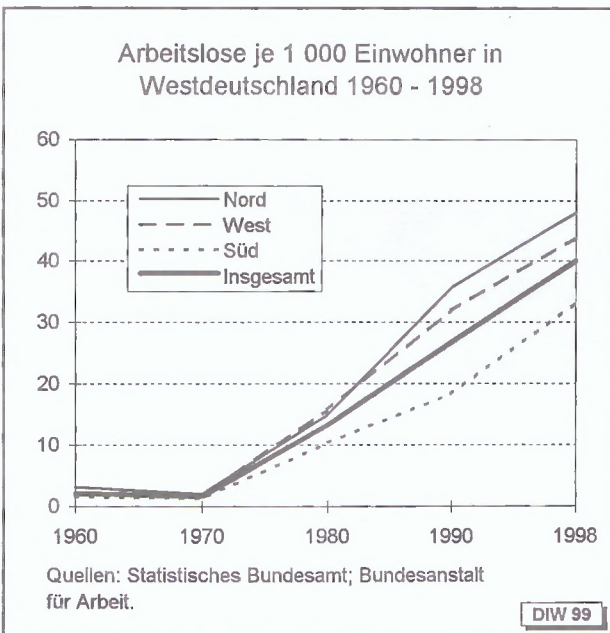
¹ Aufgrund von Gebietsreformen haben sich die kleinräumigen Zuschnitte geändert. Langfristvergleiche sind daher nicht ohne weiteres möglich.

Abbildung 2



wachstumsschwache ländliche Regionen in Bayern und Baden-Württemberg verwiesen,² können für diesen Zeitraum keine Gültigkeit mehr beanspruchen (Karte 1). Im Norden und im Westen hat die Beschäftigung dagegen in den 80er Jahren nur punktuell überdurchschnittlich expandiert — im Umland von Hamburg und Bremen, in den nördlichen und östlichen Teilen Nordrhein-Westfalens sowie im

Abbildung 3



Raum Bonn. Zu einem erheblichen Teil dürften diese Arbeitsplatzgewinne aus kleinräumlicher Umverteilung (Suburbanisierung) resultieren. In den Ballungsräumen Hamburg und Bremen (jeweils Kernstadt und Umland) ist die Zahl der Beschäftigten von 1980 bis 1990 nämlich deutlich schwächer gestiegen als in Westdeutschland insgesamt; hinter den süddeutschen Agglomerationen Stuttgart und München blieben diese Regionen weit zurück.

Eine Sonderrolle spielen das Ruhrgebiet und das Saarland. Bereits in den 60er und 70er Jahren hatte sich die Beschäftigung dort wesentlich ungünstiger entwickelt als im Durchschnitt Westdeutschlands. In den 80er Jahren waren dies die einzigen Ballungsräume, in denen die Zahl der Arbeitsplätze zurückging. Die Gesamtentwicklung in der Großregion Westen ist dadurch stark mitgeprägt worden.

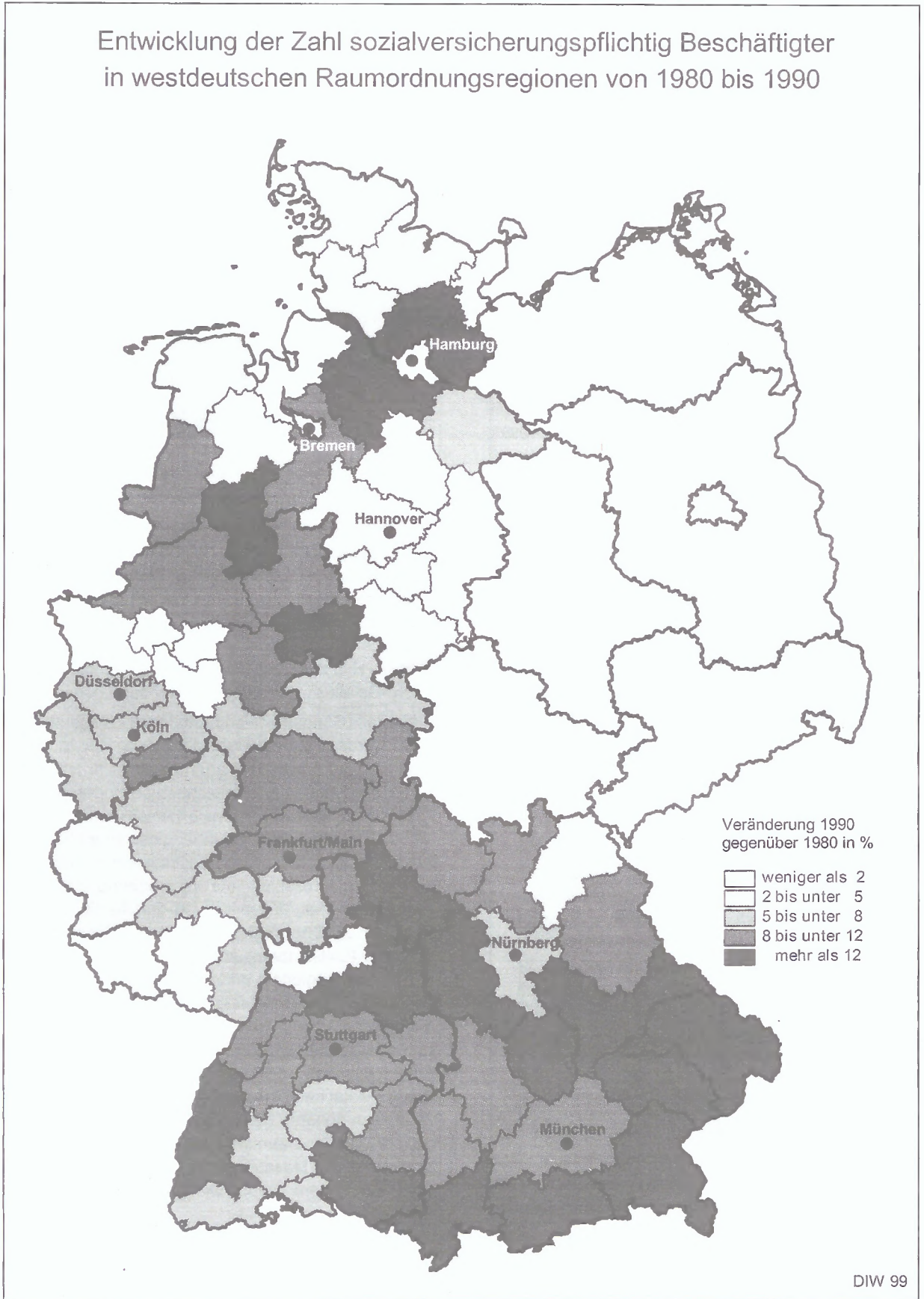
... und Versuche der Erklärung

Damit aktuellere Tendenzen der räumlichen Entwicklung und die Perspektiven für die kommenden Jahre eingeschätzt werden können, muß nach Ursachen für das — zumindest bis Ende der 80er Jahre gültige — Süd-Nord-Muster gesucht werden. Der regionalwissenschaftlichen Forschung ist es zwar bisher nicht gelungen, die Determinanten für die regionalen Wachstumsdifferenzen in Westdeutschland hinreichend zu quantifizieren. Es lassen sich aber einige plausible — und zum Teil empirisch gestützte — Hypothesen benennen, die zur Erklärung des Süd-Nord-Gefälles in Westdeutschland beitragen können:

- Große Teile Süddeutschlands sind erst richtig industrialisiert worden, als die Rohstoffbindung der Industrie stark nachließ. Diese Regionen waren zwar Nachzügler, bauten damit aber vergleichsweise moderne Strukturen auf mit überproportionalen Anteilen neu aufkommender, relativ rohstoffunabhängiger Branchen und Produktionslinien. Solche Phasenverschiebungen im Entwicklungsprozeß und die entsprechenden Spezialisierungen wirken lange fort. Die für die Position der Regionen auf überregionalen Märkten bestimmenden Bereiche (Leitsektoren) können über Verflechtungen die jeweilige regionale Wirtschaft insgesamt stark prägen. Diese Zusammenhänge lassen sich exemplarisch anhand der räumlich-sektoralen Struktur des westdeutschen Maschinenbaus zeigen: Im Süden gehört diese Branche selbst zu den Leitsektoren; der expansive Zweig „Metallbearbeitungsmaschinen“ hat dort einen wesentlich höheren Beschäftigtenanteil als in den beiden anderen Großräumen (Tabelle 1). Im Westen und im Norden ist der Maschinenbau dagegen immer noch stark auf andere, heute weniger dynamische oder

² Vgl. Manfred Sinz, Wendelin Strubelt: Zur Diskussion über das wirtschaftliche Süd-Nord-Gefälle unter Berücksichtigung entwicklungsgeschichtlicher Aspekte, S. 13. In: Jürgen Friedrichs et al. (Hrsg.): Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik?, 1986.

Entwicklung der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in westdeutschen Raumordnungsregionen von 1980 bis 1990



DIW 99

sogar schrumpfende Industrien ausgerichtet: die Stahlindustrie bzw. das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe.

- Die historisch gewachsenen Sektorstrukturen der Wirtschaft — Werften an der Küste bei ansonsten schwacher Industrialisierung des Nordens, Montanindustrie im Westen, Textil- und Bekleidungsindustrie im Westen und vor allem im Süden, „moderne“ Industrien im Süden — haben die räumliche Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg zweifellos erheblich mitbestimmt. Unmittelbare Branchenstruktureffekte, bei denen regionale Verflechtungen und sektorinterne Spezialisierungen unberücksichtigt bleiben, leisten aber nur einen geringen Beitrag zur Erklärung der räumlichen Wachstumsdifferenzen in Westdeutschland. Dies wird deutlich, wenn man die Entwicklung innerhalb einzelner Industriezweige betrachtet. Im Süden haben die Chemieindustrie, der Maschinenbau (einschließlich ADV-Geräte), der Straßenfahrzeugbau und die Elektroindustrie ihre Beschäftigtenzahl im Zeitraum 1961 bis 1987 stark ausgeweitet. Im Norden ist die Beschäftigung dagegen nur im Straßenfahrzeugbau gestiegen, in den drei anderen Branchen wurden — teilweise in erheblichem Umfang — Arbeitsplätze abgebaut.
- Im Zuge des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nach dem 2. Weltkrieg haben sich neue Unternehmen und Industrien vielfach an Standorten angesiedelt, an denen die Faktorkosten niedriger und die lokalen Rahmenbedingungen attraktiver waren als in den ohnehin überagglomerierten und teilweise monostrukturierten Regionen mit ihren festgefühten, von den ansässigen Großunternehmen dominierten ökonomischen und kommunalpolitischen Strukturen. Bei der Entwicklung des Ruhrgebiets — und der „rust belts“ in anderen Ländern — dürften solche Hemmnisse und Zugangsbarrieren durchaus eine Rolle gespielt haben.³ Völlig offen bleibt dabei allerdings, warum sich die Wachstumsindustrien nicht gleichermaßen im Norden wie im Süden Deutschlands angesiedelt haben.
- An diesem Punkt setzt die Hypothese an, einige Südregionen verfügten über die ausgeprägtere handwerkliche Tradition, und entsprechende Qualifikations- und Produktionsstrukturen seien teilweise bis heute erhalten geblieben. Genau dies sei für modern strukturierte Industrien, in denen nicht Massenfertigung, sondern flexibel vernetzte Kleinserienproduktion zunehmend das Bild bestimmt, ein wichtiger Standortfaktor.⁴ Als Paradebeispiel für einen solchen „industrial district“ gilt vielfach Baden-Württemberg.⁵ Neuere Untersuchungen ziehen allerdings dieses Konzept insgesamt sowie seine Geltung für Baden-Württemberg stark in Zweifel.⁶ Es kann die räumlichen Wachstumsunterschiede in Westdeutschland aber schon deswegen kaum erklären, weil sich andere Südregionen, in denen diese Traditionen weniger ausgeprägt sind (Süd-hessen und Bayern), mindestens ebenso dynamisch

Tabelle 1

**Struktur des Maschinenbaus 1987
nach Zweigen in westdeutschen Großregionen¹⁾**
Beschäftigtenanteile in %

	Nord	West	Süd
Metallbearbeitungsmaschinen	8,0	9,7	21,6
Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	24,0	21,7	9,7
Landmaschinen	7,4	5,5	4,0
Maschinen für die Nahrungs- und Genussmittelindustrie	21,4	9,7	10,9
Textil- und Nähmaschinen	2,1	6,8	5,0
Zahnräder, Getriebe etc.	4,2	7,1	10,4
Übriger Maschinenbau	33,0	39,5	38,4
Insgesamt	100,0	100,0	100,0

1) Nord = Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen; West = Nordrhein-Westfalen, Saarland, Rheinland-Pfalz; Süd = Hessen, Baden-Württemberg, Bayern.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Arbeitsstättenzählung 1987.

entwickelt haben wie Baden-Württemberg und weil das Süd-Nord-Gefälle keineswegs erst in den 70er und 80er Jahren, sondern gerade in den Hochzeiten industrieller Massenproduktion entstanden ist und durch Branchen, die für diese Produktionsweise typisch sind, geprägt wurde: Automobilindustrie, Elektrotechnik, chemische Industrie.

- Ganz erhebliche raumdifferenzierende Langzeiteffekte dürften dagegen von der schubartigen Verlagerung der wirtschaftlichen Gewichte unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg ausgegangen sein. Viele Unternehmen wurden in dieser Zeit aus dem sowjetisch besetzten Gebiet und aus Berlin in die Westzonen umgesiedelt oder dort neu aufgebaut. Davon haben zwar nahezu alle westdeutschen Regionen profitiert, in besonderem Maße aber die süddeutschen Agglomerationen.⁷ Diese konnten sich dadurch um so eher zu Wachstumspolen mit großräumlicher Ausstrahlung entwickeln. So dürfte die Verlagerung der Siemens-Zentrale und der damit verbundenen hochwertigen Unternehmensaktivitäten nach München dem gesamten Land Bayern entscheidende und vor allem nachhaltige Impulse verliehen haben.

³ Sinz, Strubelt, a. a. O., S. 31.

⁴ Dieter Läßle: „Süd-Nord-Gefälle“. Metapher für die räumlichen Folgen einer Transformationsphase: Auf dem Weg zu einem post-tayloristischen Entwicklungsmodell?. In: Friedrichs et al. (Hrsg.), a. a. O.

⁵ M. Piore, C. Sabel: The Second Industrial Divide, 1984.

⁶ Vgl. Udo Staber: Accounting for Variations in the Performance of Industrial Districts: The Case of Baden-Württemberg. In: International Journal of Urban and Regional Research, Heft 2, 1996.

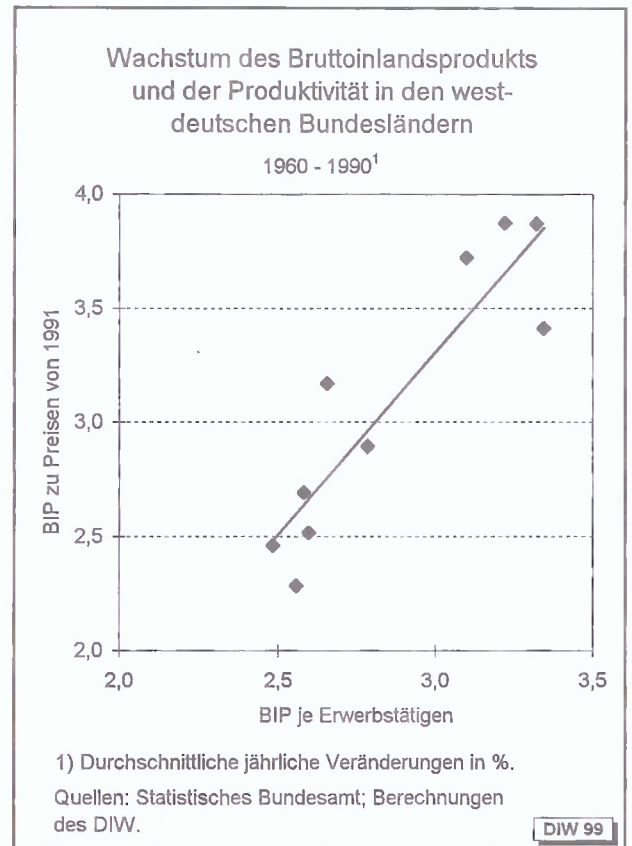
⁷ Zur Präferenz der Unternehmen für Süddeutschland vgl. Dieter Kunz: Die Ursachen der Nord-Süd-Drift, ISW-Papiere (Institut für Südwestdeutsche Wirtschaftsforschung), 1/1986, S. 15.

- Darüber hinaus hat es Bayern offenbar verstanden, sein politisches Gewicht in den ersten Legislaturperioden der Bundesrepublik zu Positionsgewinnen auf wirtschaftlichem Gebiet zu nutzen. Der Raum München wurde zu einem Zentrum der wiederentstehenden deutschen Luftfahrzeug- und Rüstungsindustrie. Damit war neben der Elektroindustrie ein zweiter innovativer und stark wachsender Bereich entstanden, der von der Forschungsförderung und von Aufträgen des Bundes profitierte.
- Unter dem Gesichtspunkt der Transportkostenminimierung und der Erreichbarkeit war das Rhein-Main-Gebiet innerhalb Westdeutschlands der optimale Standort. Mit dem Bedeutungsgewinn des Luftverkehrs und dem Ausbau des Frankfurter Flughafens kam der Vorteil schneller Verbindungen ins Ausland hinzu. Auf der anderen Seite geriet Norddeutschland durch die Teilung Deutschlands und den Bedeutungsverlust der Seehäfen in eine periphere Lage, die sich im Zuge der Integration Westeuropas eher noch verschärfte.
- Die räumliche Verteilung der Wirtschaftsaktivitäten wird häufig auch von Zufällen bestimmt, die große Langzeitwirkungen entfalten können. So hat der unterschiedliche unternehmerische Erfolg der Fahrzeughersteller Borgward und Daimler-Benz die Raumstrukturen in Westdeutschland mitgeprägt. An diesem Beispiel zeigt sich auch, welchen Einfluß Großunternehmen auf die Entwicklung ganzer Regionen haben: Der Beitrag von Daimler-Benz zum gesamten Beschäftigungszuwachs in Baden-Württemberg im Zeitraum 1976 bis 1983 wird auf rund ein Viertel geschätzt.⁸

- Es gibt empirische Belege für eine Nord-Süd-Drift der westdeutschen Bevölkerung, die keine ökonomischen Gründe hat, sondern auf Faktoren wie Landschafts- und Klimapräferenzen beruht.⁹ Dies hat die Entwicklung der konsumorientierten Dienstleistungen in den hier betrachteten Großräumen unmittelbar berührt. Sofern (hochqualifizierte) Erwerbspersonen zu- oder abgewandert sind, ist es darüber hinaus zu Veränderungen beim regionalen Angebot an Arbeitskräften gekommen. Dies wiederum dürfte Einfluß auf unternehmerische Standortentscheidungen gehabt haben.

In der wirtschaftlichen Entwicklung Westdeutschlands ist das Süd-Nord-Gefälle also das Resultat vieler, sehr unterschiedlicher Faktoren, deren Wurzeln teilweise weit zurückreichen. Unter den nach dem 2. Weltkrieg wirksamen Einflüssen dürfte die Abwanderung von Unternehmen (und Unternehmern) aus Berlin und der sowjetischen Besatzungszone, von der Süddeutschland überproportional profitierte, eine erhebliche Rolle gespielt haben. Die hier aufgeführten Impulse haben sich gegenseitig verstärkt und so die besondere wirtschaftliche Dynamik im Süden herbeigeführt. Die Ansiedlung und das Wachstum großer Industrieunternehmen strahlte über Liefer- und andere Netzwerkbeziehungen auf die gesamte Wirtschaft des Großraums aus. Insbesondere trugen sie dazu bei, daß

Abbildung 4



unternehmensbezogene Dienstleistungen deutlich stärker expandierten als im Norden und im Westen.

Auf der Basis einer kräftigen lokalen Nachfrage sind viele süddeutsche Anbieter von hochwertigen Unternehmensdiensten in überregionale Märkte hineingewachsen. Gleichzeitig haben sich Lokalisationsvorteile entwickelt, die den Standort noch attraktiver machten. Dieser Sektor dürfte im Süden deutlich stärker, als es im Westen und im Norden der Fall ist, zum „Export“ der Region beitragen.

Das Wachstum moderner Industriebereiche in Süddeutschland hatte zur Folge, daß sich dort auch die industrielle Forschung und Entwicklung konzentrierte. Dies wiederum erzeugte positive „externe Effekte“ (Angebot an Arbeitskräften, Wissen-Spillovers, Kooperationsmöglichkeiten), die für Unternehmen in neu aufkommenden Betätigungsfeldern wie der Softwareentwicklung erstrangige Standortfaktoren darstellten; so dürfte die Entwicklung des Raums München zu einem Zentrum der deutschen Computer- und Softwareindustrie ganz erheblich dadurch unterstützt worden sein, daß der größte Elektrokonzern Deutschlands dort seinen Hauptsitz hat. Auf diese Weise kumulierten Wachstums- und Innovationsimpulse, die für

⁸ Kunz, a. a. O., S. 19.

⁹ Sinz, Strubelt, a. a. O., S. 18. Kunz, a. a. O., S. 14.

das Entstehen und das lange Anhalten der regionalen Disparitäten in der wirtschaftlichen Entwicklung Westdeutschlands von entscheidender Bedeutung waren.

Qualitative Verschiebungen zwischen den drei Großräumen gab es aber nicht nur bei unternehmensbezogenen Diensten sowie bei Forschung und Entwicklung (FuE). Vielmehr dürfte der Süden seine Position auch im Hinblick auf unternehmerische Leitungsfunktionen und wertschöpfungsintensive Fertigungsaktivitäten verbessert haben. Die Wachstumsdifferenzen zwischen den Bundesländern sind denn auch zu einem beträchtlichen Teil durch Abweichungen in der Produktivitätsentwicklung zustande gekommen. Dies zeigt der enge Zusammenhang zwischen den Veränderungsraten des BIP und denen des BIP je Erwerbstätigen (Abbildung 4).

Mit der starken Ausweitung der Beschäftigung generell und hochqualifizierter und damit hoch entlohnter Tätigkeiten im besonderen sind Einkommen und Bevölkerung im Süden überdurchschnittlich gestiegen; dazu haben auch nichtökonomische Faktoren wie Landschafts- und Klimapräferenzen beigetragen. Als Folge davon bildete sich in Westdeutschland auch bei der Entwicklung derjenigen Wirtschaftsaktivitäten, die auf die Nachfrage der in der jeweiligen Region ansässigen privaten Haushalte orientiert sind, ein deutliches räumliches Gefälle heraus.

Entwicklung 1990 bis 1998 — Trendwende oder Intermezzo?

Der Süden Deutschlands hat sich nicht nur über den gesamten Zeitraum von 1960 bis 1990, sondern auch in fast allen einzelnen Jahren wirtschaftlich günstiger entwickelt als die beiden anderen westdeutschen Teilräume. Dies änderte sich mit Beginn der 90er Jahre (Abbildungen 1 bis 3). Bei insgesamt nur schwachem Wachstum in Westdeutschland expandierte die Wirtschaft im Norden mit ähnlichem Tempo wie im Süden; die Zahl der Erwerbstätigen erreichte 1998 im Norden fast wieder das Niveau von 1990, während sie im Süden um 2½ % darunter lag. Der Westen konnte sich dagegen insgesamt betrachtet auch in den 90er Jahren nicht von seinem deutlich unterdurchschnittlichen Entwicklungspfad lösen.

Die im Großraumvergleich günstige Entwicklung des norddeutschen produzierenden Gewerbes hat auf andere Wirtschaftsbereiche der Region, den Arbeitsmarkt, die Bevölkerungsentwicklung, die Kaufkraft und damit auf den privaten Verbrauch ausgestrahlt.¹⁰ Im Bereich hochwertiger unternehmensbezogener Dienstleistungen war die Beschäftigung in den 80er Jahren im Norden noch um ein Drittel schwächer gestiegen als im Süden; in den 90er Jahren expandierte sie dagegen in beiden Regionen gleich stark. Einen ähnlichen Umschwung hat es auch im Handel und bei konsumorientierten Dienstleistungen gegeben.¹¹ Der Westen hat in den 90er Jahren — trotz weiterhin ungünstiger Entwicklung im Bergbau und im verarbeiten-

den Gewerbe — seine Position im tertiären Sektor stabilisieren können; einige Branchen, z. B. Großhandel, Güterverkehr, Filmwirtschaft, sind sogar deutlich stärker gewachsen als im Durchschnitt Westdeutschlands.

Hat sich das räumliche Muster damit — zumindest was die Position des Nordens angeht — dauerhaft geändert oder handelt es sich nur um eine vorübergehende Erscheinung? Hinweise ergeben sich aus der Entwicklung von Jahr zu Jahr: Norddeutschland hat wohl — bedingt durch räumliche Nähe und die Produktstruktur seiner Industrie — vom „Vereinigungsboom“ 1991 etwas mehr profitiert als die beiden anderen Teilräume, und einzelne Sektoren wie das Baugewerbe dürften auch unmittelbar danach noch Impulse durch Nachfrage aus Ostdeutschland erhalten haben.¹² Zudem hat der Norden offenbar unter der Rezession 1992/93 und der starken Überbewertung der DM in der ersten Hälfte der 90er Jahre vergleichsweise wenig gelitten (Abbildung 5). Dies mag zum einen damit zusammenhängen, daß in der norddeutschen Wirtschaft konjunktur- und wechselkursreagible Sektoren ein relativ geringes Gewicht haben. Zum anderen hat sich im Norden aber auch die Beschäftigung innerhalb von Branchen, die ausgeprägten konjunkturellen Schwankungen unterliegen, weniger ungünstig entwickelt als im Süden; dies gilt für eine Reihe von Zweigen des Investitionsgütergewerbes und Teile des Verbrauchsgütergewerbes.

Die Position des Nordens im Wirtschaftsprozeß Westdeutschlands hat sich in den 90er Jahren nicht allein aufgrund von Konjunktur- und Wechselkurseffekten verbessert. Wäre dies so, hätte sich spätestens von 1996 an das alte Verlaufsmuster wieder zeigen müssen; dies war aber nicht der Fall. Vielmehr hat sich die vergleichsweise günstige wirtschaftliche Entwicklung des Nordens in den letzten Jahren fortgesetzt, auch wenn der Süden beim Wachstumstempo wieder leicht in Führung gegangen ist.

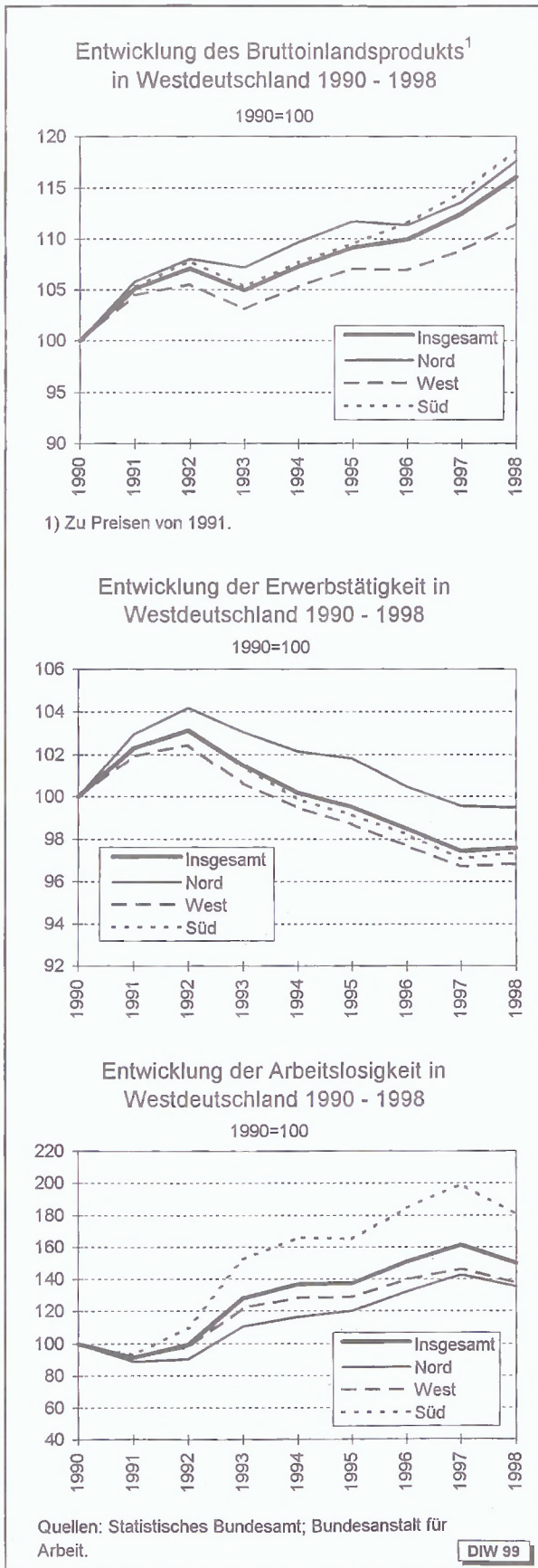
Als weitere Erklärungsfaktoren für die aktuellen Verschiebungen im wirtschaftlichen Raumgefüge Westdeutschlands kommen Veränderungen auf der politischen Landkarte Europas in Frage. Durch die Integration Nordeuropas in die EU, die Öffnung Osteuropas und insbesondere

¹⁰ Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Industrie ist im Norden von 1990 bis 1997 um 14 % zurückgegangen (Westen: —19 %; Süden: —17 %). Im Baugewerbe hat die Beschäftigung im Norden um 6 % zugenommen, während sie im Westen um 2 % und im Süden um 6 % gefallen ist.; in den 80er Jahren war die Baubeschäftigung im Norden wesentlich stärker geschrumpft als in den beiden anderen Teilräumen.

¹¹ Bei den Finanzdiensten, und hier vor allem bei den Kreditinstituten, hat sich dagegen der Prozeß der Konzentration auf den Süden unvermindert fortgesetzt. Dabei hat das Rhein-Main-Gebiet seine überragende Stellung weiter ausgebaut.

¹² Vgl. Konrad Lammers: Norddeutschland und seine Regionen im Standortwettbewerb. In: Raumforschung und Raumordnung, Heft 1/1998.

Abbildung 5



durch die deutsche Vereinigung ist Norddeutschland aus seiner ökonomisch peripheren Lage herausgelöst worden. Von einem sich intensivierenden Handel mit Skandinavien und dem Baltikum könnte vor allem Hamburg profitieren. Metropolenfunktionen für die westlichen Teile Mecklenburg-Vorpommerns und den Nordwesten Brandenburgs dürfte die Stadt ohnehin bereits wiedergewonnen haben.

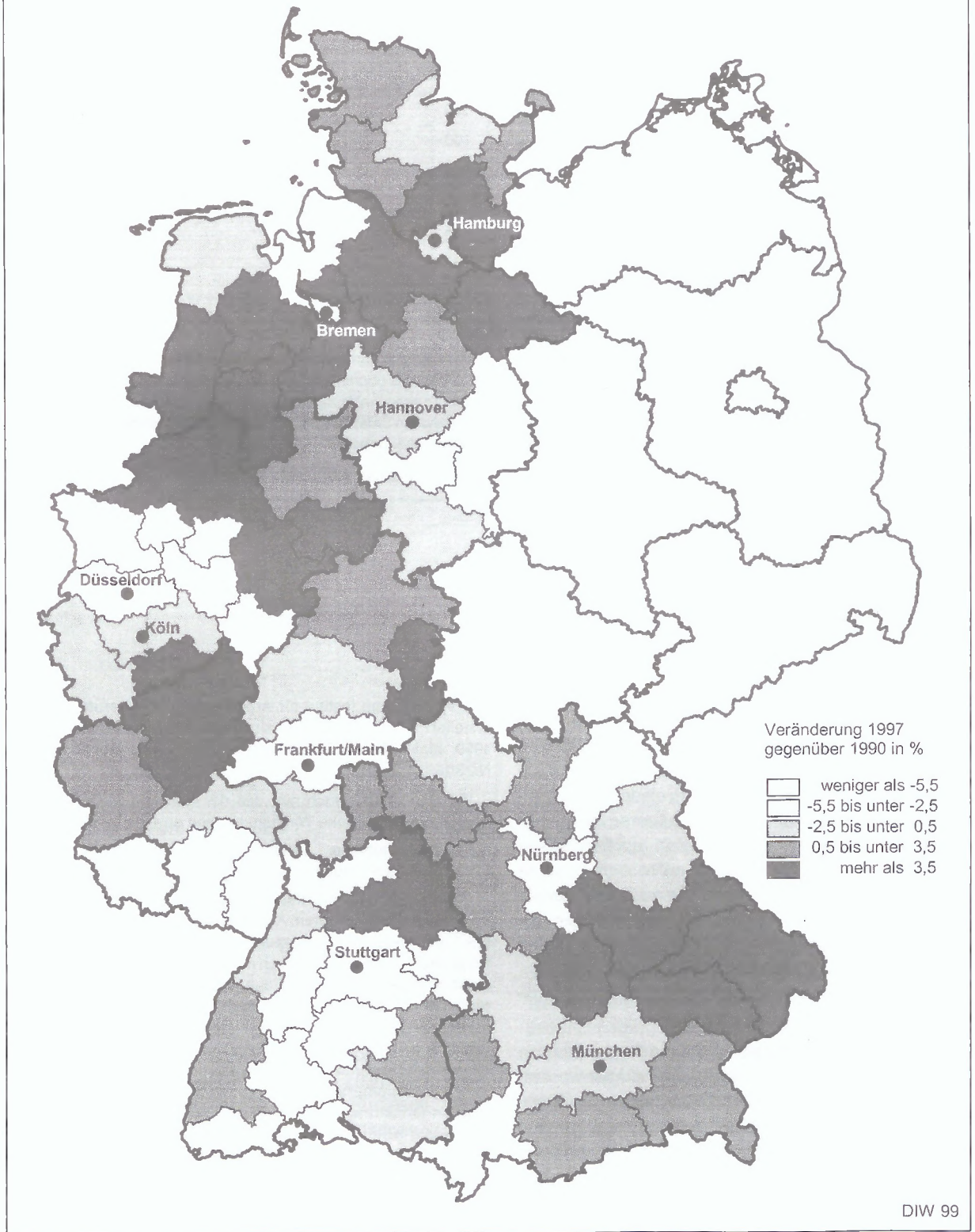
Hinweise darauf, ob derartige neue Verflechtungen und Umbewertungen der Standortgunst bereits ein so großes Gewicht erreicht haben, daß regionale Wachstumspfade signifikant verändert werden, kann eine räumlich stärker differenzierte Betrachtung der wirtschaftlichen Entwicklung in den 90er Jahren liefern: Im Ballungsraum Hamburg hat die Beschäftigung von 1990 bis 1997 um rund 2 % zugenommen, während sie in den meisten anderen Agglomerationen deutlich gesunken ist; im Durchschnitt Westdeutschlands ist sie um 1 % zurückgegangen. Diese Daten stützen die These, daß sich die Wettbewerbsposition Hamburgs — als Wirtschaftsregion verstanden — unter den neuen Rahmenbedingungen in Deutschland und Europa insgesamt verbessert hat.

Von den übrigen Regionen entlang des ehemaligen Eisernen Vorhangs konnte nur der Raum Lübeck seine Position deutlich verbessern (siehe Karte 2 und im Vergleich dazu Karte 1). Vermutlich haben sich positive Einflüsse aufgrund der Erweiterung des Marktgebiets und negative Effekte, die aus dem in West-Ost-Richtung bestehenden Lohn- und Subventionsgefälle resultieren, weitgehend kompensiert. Auf westlicher Seite handelt es sich fast durchgängig um ländliche und strukturschwache Gebiete, die sich mit ihrem Leistungsangebot in Konkurrenz zu den ähnlich strukturierten Nachbarregionen im Osten befinden.

In dem großen Gebiet zwischen Bremen und dem Ruhrgebiet ist die Beschäftigung in den 90er Jahren kräftig gestiegen; dasselbe gilt für den Osten Nordrhein-Westfalens und die Region Bonn. Damit haben sich Tendenzen, die bereits in den 80er Jahren wirksam waren, fortgesetzt und teilweise noch verstärkt. Im gesamten Zeitraum von 1980 bis 1997 hat die Zahl der Arbeitsplätze in diesen Regionen um rund ein Fünftel zugenommen.

Große Teile Bayerns haben sich auch in den 90er Jahren wirtschaftlich deutlich überdurchschnittlich entwickelt. Vor allem im Südosten des Landes ist die Beschäftigung weiter gestiegen, anders als in den 80er Jahren war aber das Wachstumstempo dort nicht höher, sondern eher niedriger als in den dynamischen Regionen Nord- und Westdeutschlands. Erhebliche Positionsverluste in der räumlichen Verteilung der Wirtschaftsaktivitäten haben Hessen und Baden-Württemberg erlitten. In einem breiten Streifen vom Rhein-Main-Gebiet bis zum Bodensee gibt es kaum Regionen, in denen es im Zeitraum 1990 bis 1997 nicht zu deutlichen Arbeitsplatzverlusten gekommen ist. Besonders betroffen war das zentrale Gebiet Baden-Württembergs. Hier dürften konjunkturelle Einflüsse eine entscheidende Rolle gespielt haben. Dies bedeutet, daß sich die Situation

Entwicklung der Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in westdeutschen Raumordnungsregionen von 1990 bis 1997



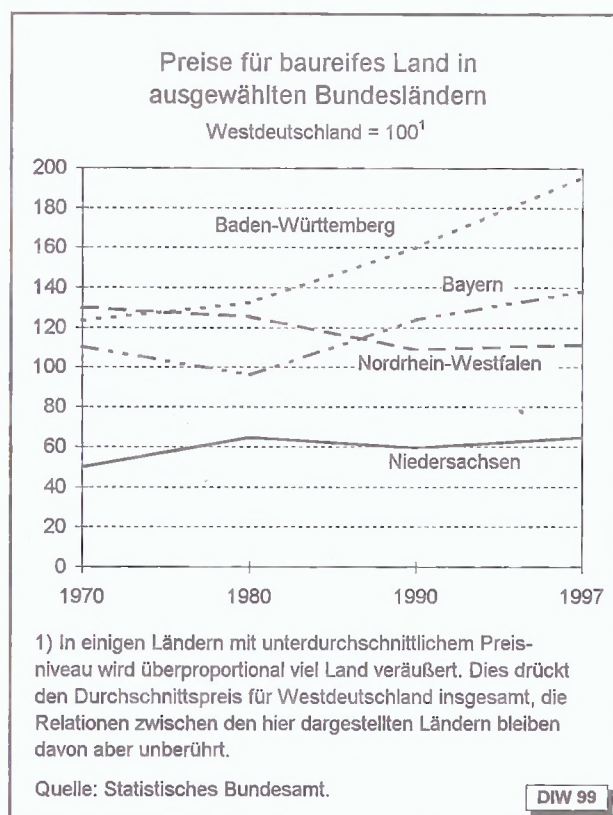
in einer veränderten gesamtwirtschaftlichen Konstellation schnell wieder verbessern kann. Die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktdaten für die Zeit von 1996 bis 1998 deuten auch bereits auf eine gewisse Stabilisierung hin, eine Rückkehr zu dem über lange Zeit sehr günstigen Entwicklungspfad scheint aber kurzfristig nicht wahrscheinlich.¹³

Insgesamt dürften die in den 90er Jahren eingetretenen Verschiebungen im räumlichen Entwicklungsmuster in Westdeutschland nur zum geringeren Teil durch konjunkturelle Effekte und neue politische Rahmenbedingungen bewirkt worden sein.¹⁴ Eine erhebliche Rolle dürften veränderte Kostenrelationen gespielt haben. Räumliche Preisdifferenzen bei den immobilien Produktionsfaktoren Arbeit und Boden hatten früher noch zur Nord-Süd-Drift der Wirtschaftsaktivitäten beigetragen. Die über Jahrzehnte anhaltenden Unterschiede in der Wachstumsdynamik zwischen dem Süden auf der einen und dem Norden sowie dem Westen auf der anderen Seite haben inzwischen aber zu einer Umkehrung der Knappheitsverhältnisse und damit auch der Preisrelationen geführt. Dies zeigt sich in besonderem Maße beim Faktor Boden. Der durchschnittliche Preis für baureifes Land war 1990 in Baden-Württemberg um die Hälfte höher als in Nordrhein-Westfalen und mehr als zweieinhalbfach so hoch wie in Niedersachsen (Abbildung 6). Von 1990 bis 1997 sind die Abstände weiter gewachsen, wenn auch nicht mehr so stark wie in den 80er Jahren.

Räumliche Bodenpreisunterschiede in dieser Größenordnung schlagen sich zum einen in deutlichen Kostenunterschieden bei gewerblichen Investitionen nieder. Zum anderen haben sie regional voneinander abweichende Aufwendungen für das Wohnen zur Folge, und auch dies tangiert — zumindest indirekt — die Kostensituation der Unternehmen. So waren Eigenheime und Eigentumswohnungen in München, Frankfurt und Stuttgart im Sommer 1998 rund doppelt so teuer wie in Hannover und Bremen.¹⁵ Die Preisunterschiede gegenüber Hamburg und den großen Städten des Westens sind zwar geringer, mit 20 bis 30 % sind sie aber ebenfalls beträchtlich. Zu den Preisen von Eigenheimen und Eigentumswohnungen im näheren und weiteren Umland der Großstädte gibt es keine repräsentativen Informationen. Da die Preisbildung auf den regionalen Immobilienmärkten aber stark vom Niveau in den jeweiligen Kernstädten beeinflusst wird, dürften sich zwischen den suburbanen Zonen oder weniger verdichteten Gebieten der hier betrachteten Großräume ähnliche Relationen herausgebildet haben wie zwischen den jeweiligen Großstädten.

Beim Faktor Arbeit zeigen sich ähnliche Tendenzen; die Differenzen zwischen den Großräumen sind aber wesentlich geringer als die beim Boden.¹⁶ Die Löhne von Facharbeitern¹⁷ in der Industrie (einschließlich Bergbau) sind von 1960 bis 1997 in Baden-Württemberg und Bayern deutlich schneller gestiegen als in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. 1960 lagen die durchschnittlichen Facharbeiterlöhne in Baden-Württemberg noch um rund ein

Abbildung 6



¹³ Vgl. die vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung erstellte Projektion der regionalen Beschäftigungsentwicklung bis 1999. Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 3/1998.

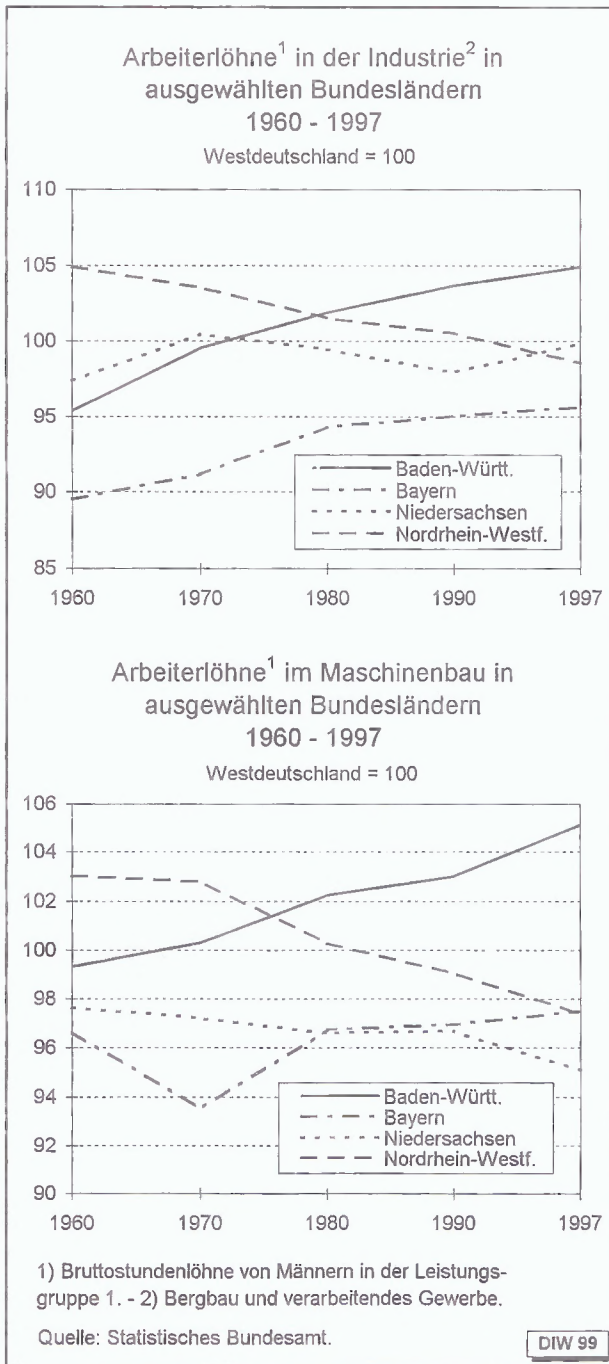
¹⁴ Darauf deutet auch hin, daß der Norden bereits Ende der 80er Jahre relativ hohe Wachstumsraten erreicht hatte.

¹⁵ Ring Deutscher Makler (<http://www.rdm.de/forum/aca-1/DocPressemitteilungen>).

¹⁶ Dies ergibt sich aus den unterschiedlichen Verhältnissen auf den beiden Faktormärkten: Anders als Boden ist das Arbeitsangebot — in Grenzen — mobil; räumliche Abweichungen in der Nachfrage nach Arbeit schlagen sich nicht voll in den Preisen nieder, sie lösen Wanderungsprozesse aus, die Ausschläge bei der Faktorentlohnung dämpfen. Zudem herrscht in Westdeutschland seit mehr als zwanzig Jahren allgemeine Unterbeschäftigung; dadurch wird die räumliche Spannweite der Verdienste generell eingeschränkt, auch wenn in einzelnen Berufen und Qualifikations regional immer wieder Knappheiten auftreten. Schließlich verhindern Tarifverträge und das System sozialer Sicherung, daß die Verdienste in den wachstumsschwachen Regionen allzu stark hinter denen in prosperierenden Regionen zurückbleiben.

¹⁷ Als Facharbeiter gelten hier Arbeiter, die in der Verdienststatistik des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 16, Reihe 2.1) in die Leistungsgruppe 1 eingeordnet sind.

Abbildung 7



Zehntel unter denen in Nordrhein-Westfalen; diese Relation hat sich mittlerweile umgekehrt (Abbildung 7, oberer Teil). Um bei diesem Vergleich neben Qualifikationsunterschieden auch branchenstrukturelle Einflüsse auszuschließen, wurden exemplarisch die Verdienste in einem einzelnen Industriezweig, dem Maschinenbau, einander gegenübergestellt. Dabei zeigt sich ein ganz ähnliches Bild wie für die Industrie insgesamt. In Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sind die Löhne unterdurch-

schnittlich, in Bayern und vor allem in Baden-Württemberg dagegen überdurchschnittlich gestiegen (Abbildung 7, unterer Teil).

Für die Beantwortung der Frage, ob die Positionsverbesserung des Nordens von Dauer sein wird und ob der Westen ebenfalls in absehbarer Zeit auf einen günstigeren Entwicklungspfad einschwenken kann, sind vor allem qualitative Aspekte von Bedeutung. Gemessen am Gewicht wissensintensiver unternehmensbezogener Dienste ist die Arbeitsplatzstruktur im Westen und vor allem im Norden schon seit langem deutlich schlechter als im Süden. Dies zeigt sich am Anteil der Beschäftigten, die Führungsfunktionen wahrnehmen, anspruchsvolle Beratungsleistungen erstellen oder Tätigkeiten ausüben, die der Weiterentwicklung von Produkten und Verfahren dienen.

An diesem Süd-Nord-Gefälle in der Arbeitsplatzstruktur hat sich in den 90er Jahren nichts Grundlegendes geändert. Immerhin haben sich im Westen und im Norden — anders als noch in den 80er Jahren — die Defizite nicht weiter vergrößert; sie sind eher kleiner geworden. Dieser aus den Beschäftigtenstrukturen abgeleitete Befund wird durch Daten zur Höhe und Entwicklung der FuE-Aufwendungen der privaten Wirtschaft bestätigt: Die Lücke zwischen dem Süden und den beiden anderen Großräumen ist enorm. In der ersten Hälfte der 90er Jahre¹⁸ ist sie aber nicht mehr gewachsen; dabei konnte der Norden etwas aufholen, während sich die Position des Westens eher verschlechtert hat. (Abbildung 8).

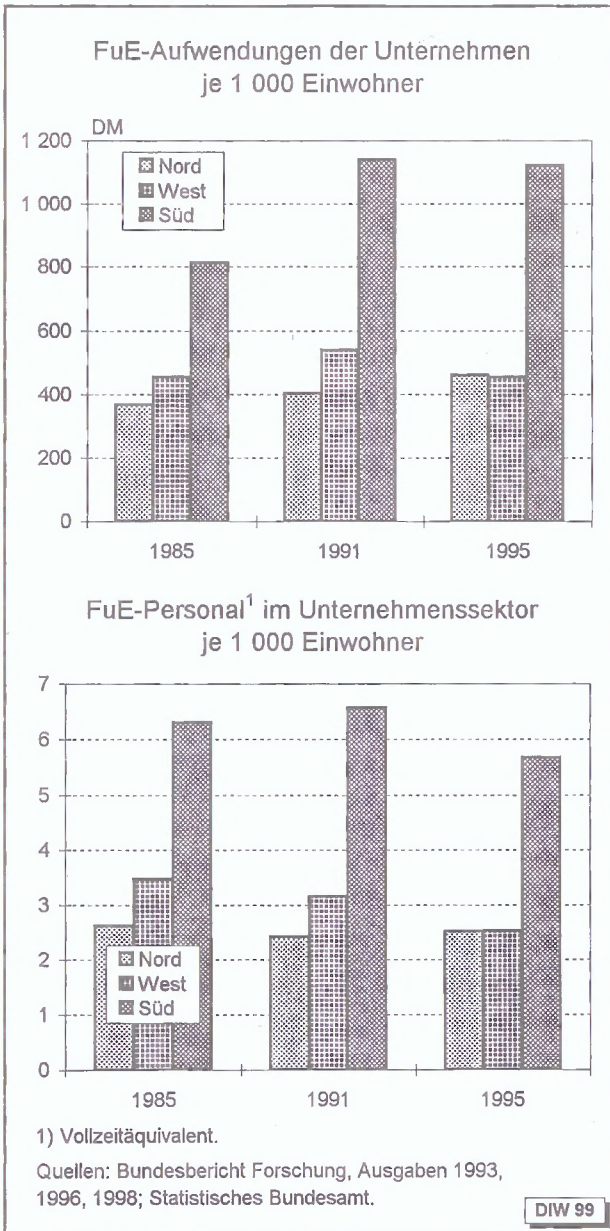
Zusammenfassung und Fazit

Ein Teil der Faktoren, die nach dem 2. Weltkrieg in Westdeutschland zur Herausbildung des Süd-Nord-Gefälles im wirtschaftlichen Wachstum geführt haben, ist auch heute noch wirksam, zumal sich die einzelnen Impulse — im positiven wie im negativen Sinne — gegenseitig verstärkten. In jüngster Zeit hat sich dieses über Jahrzehnte gültige Muster aber stark verändert. Der Süden hat in den 90er Jahren deutlich an wirtschaftlicher Dynamik eingebüßt, während der Norden höhere Wachstumsraten als im Jahrzehnt davor erreichte. Der Westen blieb — bedingt durch das schwache Wachstum im Ruhrgebiet und im Saarland — weiter hinter der Entwicklung in den beiden anderen Teilräumen zurück.

Bei den Verschiebungen im Wachstumstempo dürfte zwar auch die räumlich unterschiedliche Konjunktur- und Wechselkursempfindlichkeit der Wirtschaft eine Rolle gespielt haben. Von größerer Bedeutung sind aber dauerhafte Veränderungen in der Standortgunst: Zum einen haben sich die Faktorkosten (Arbeit und Boden) in den vergangenen Jahrzehnten im Süden deutlich stärker erhöht als im Norden (und im Westen). Zum anderen hat sich die großräumliche Einbindung des Nordens als Folge politischer Veränderungen — Vereinigung Deutschlands, Öff-

¹⁸ Für die Zeit nach 1995 liegen noch keine Informationen vor.

Abbildung 8



nung Osteuropas, Erweiterung der EU im Norden — verbessert. Dieser Faktor dürfte sich bisher raumwirtschaftlich noch nicht allzu stark ausgewirkt haben. Unter den Gesichtspunkten Transportkostenminimierung und schnelle Erreichbarkeit wird es aber künftig in vielen Fällen zu anderen Standortbewertungen kommen als früher, insbesondere, wenn die relativen Transportkosten durch Verteuerung von Energie steigen sollten.

Kaum verbessert hat sich dagegen die technologische Wettbewerbsfähigkeit des Nordens; die des Westens hat sich sogar verschlechtert. Die FuE-Aufwendungen der Unternehmen sind — je Einwohner gerechnet — im Süden immer noch weit mehr als doppelt so hoch wie in den beiden anderen Teilräumen Westdeutschlands. Für die Fähigkeit, sich an veränderte Marktverhältnisse anzupassen, und die Konkurrenzposition durch ein hohes Tempo bei technologischen Innovationen zu sichern, sind Forschung und Entwicklung aber von entscheidender Bedeutung. Dies gilt zunächst für einzelne Unternehmen; die wirtschaftliche Entwicklung der Teilräume Westdeutschlands in den vergangenen Jahrzehnten hat aber deutlich gemacht, daß es ebenso für Regionen zutrifft.

Insgesamt spricht zwar vieles dafür, daß die räumliche Entwicklung in Westdeutschland künftig weniger disparitär sein als in den 80er Jahren.¹⁹ Wenn es im Norden und im Westen aber nicht gelingt, einen technologie- und innovationsintensiveren Entwicklungspfad zu erreichen, wird es grundsätzlich bei einem Wachstumsrückstand gegenüber dem Süden bleiben. Auch eine neue „lange Welle“ der wirtschaftlichen Entwicklung wird nicht automatisch zu räumlichen Gewichtsverlagerungen führen. Beispielsweise ist die Biotechnologie, die zu den Auslösern einer solchen Dynamik gehören könnte, — abgesehen von einem Schwerpunkt im Raum Berlin — ebenso im Süden konzentriert wie etabliertere Technologien.²⁰

¹⁹ Vgl. auch Martin Gornig et al.; Beschäftigung und Bevölkerung in den Bundesländern. Modellprojektionen bis zum Jahr 2010. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Arbeitspapiere, Heft 7/1998.

²⁰ Vgl. Ernst & Young: European Biotech 97, S. 7, Stuttgart 1997.

Entwicklung der Einkommenspositionen von Haushaltsgruppen in Deutschland

Im Zeitraum 1991 bis 1997 ist die Zahl der Privathaushalte in Deutschland von 35 Mill. auf 37 Mill. gestiegen. Während die Erwerbstätigen-Haushalte zahlenmäßig um 5 % schrumpften, nahmen die Haushalte von Nichterwerbstätigen um 22 % zu. Die Zahl der Arbeitslosen-Haushalte war zuletzt mehr als doppelt so hoch, die der Haushalte von Sozialhilfeempfängern erhöhte sich um zwei Drittel.

Die durchschnittlich verfügbaren Einkommen fast aller sozialen Haushaltsgruppen haben sich in den neunziger Jahren nahezu parallel entwickelt. Der Einkommensvorsprung der Selbständigen-Haushalte vor den anderen Haushaltsgruppen ist aber größer geworden. Nimmt man das Durchschnittseinkommen als Wohlstandsindikator, so ist zu berücksichtigen, daß aus den Haushaltseinkommen der einzelnen Gruppen jeweils eine unterschiedliche Zahl von Personen zu versorgen ist und mit abnehmender Haushaltsgröße der relative Aufwand für einige Bereiche der Wirtschaftsführung steigt.

Dieser Bericht fußt auf amtlichen Berechnungen¹ zur Verteilung des verfügbaren Einkommens auf Haushaltsgruppen; sie wurden mit Hilfe neuer Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung² schätzungsweise aktualisiert. Die Informationen über Veränderungen in der Einkommensverteilung resultieren aus Ergebnissen des Sozio-oekonomischen Panels.³

Entwicklung von Bevölkerung und Haushalten

1991 lebten in Deutschland knapp 80 Mill. Menschen. Bis 1997 ist die Einwohnerzahl auf gut 82 Mill. gestiegen. Zwar war die Zahl der Geburten alljährlich geringer als die der Todesfälle, doch es gab beträchtliche Zuwanderungen. Bis 1995 wurden mehr als eine Million Zuzüge pro Jahr registriert, denen jeweils erheblich geringere Fortzüge gegenüberstanden. In den letzten Jahren hat sich der Bevölkerungszustrom aus dem Ausland allerdings merklich verringert.⁴ Nach der Neuregelung des Asylverfahrens 1993 können Personen, die über einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einen anderen Staat, in dem die Menschenrechte gewährleistet sind, nach Deutschland einreisen, kein Asylrecht mehr beanpruchen; die Zahl der Asylsuchenden ging stark zurück. Gleichzeitig nahm der Zustrom von Bürgerkriegsflüchtlingen aus Bosnien und Herzegowina ab; ein nicht geringer Teil von ihnen ist inzwischen in das Heimatland zurückgekehrt. Im Jahre 1997 haben erstmals mehr Ausländer Deutschland verlassen als eingereist sind (Abbildung 1). Die Zuzüge deutschstämmiger Aussiedler aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion waren in den letzten Jahren ebenfalls rückläufig.

Die Zahl der Privathaushalte ist von 35 Mill. (1991) auf 37 Mill. (1997) gestiegen (oberer Teil der Tabelle 1). Mehr als ein Drittel aller Haushalte besteht inzwischen aus alleinlebenden Personen. Stark expandiert hat auch die Zahl der Haushalte von nichtehelichen Lebensgemeinschaften und von kinderlosen Ehepaaren. Zahlenmäßig an Gewicht gewonnen haben die Haushalte von Alleinerziehenden, bei denen Frauen nach wie vor den ganz überwiegenden Teil stellen — der Anteil alleinerziehender Männer indes nimmt zu.

Die ungünstige Entwicklung am Arbeitsmarkt hat dazu geführt, daß die Zahl der Arbeitnehmer-Haushalte⁵ (Haushalte von Angestellten, Beamten und Arbeitern) 1997 um 7 % niedriger war als 1991. Dagegen ist die der Selbständigen-Haushalte im Untersuchungszeitraum um 13 % gewachsen. Insbesondere in den neuen Bundesländern hat die selbständige Tätigkeit eine stürmische Entwicklung genommen.⁶

¹ Statistisches Bundesamt: Verfügbares Einkommen, Zahl der Haushalte und Haushaltsmitglieder nach Haushaltsgruppen (als Arbeitsunterlage vervielfältigt). Eine Gliederung nach Einkommensgrößenklassen gibt es in dieser Datenquelle nicht.

² Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3, Konten und Standardtabellen 1997, Hauptbericht.

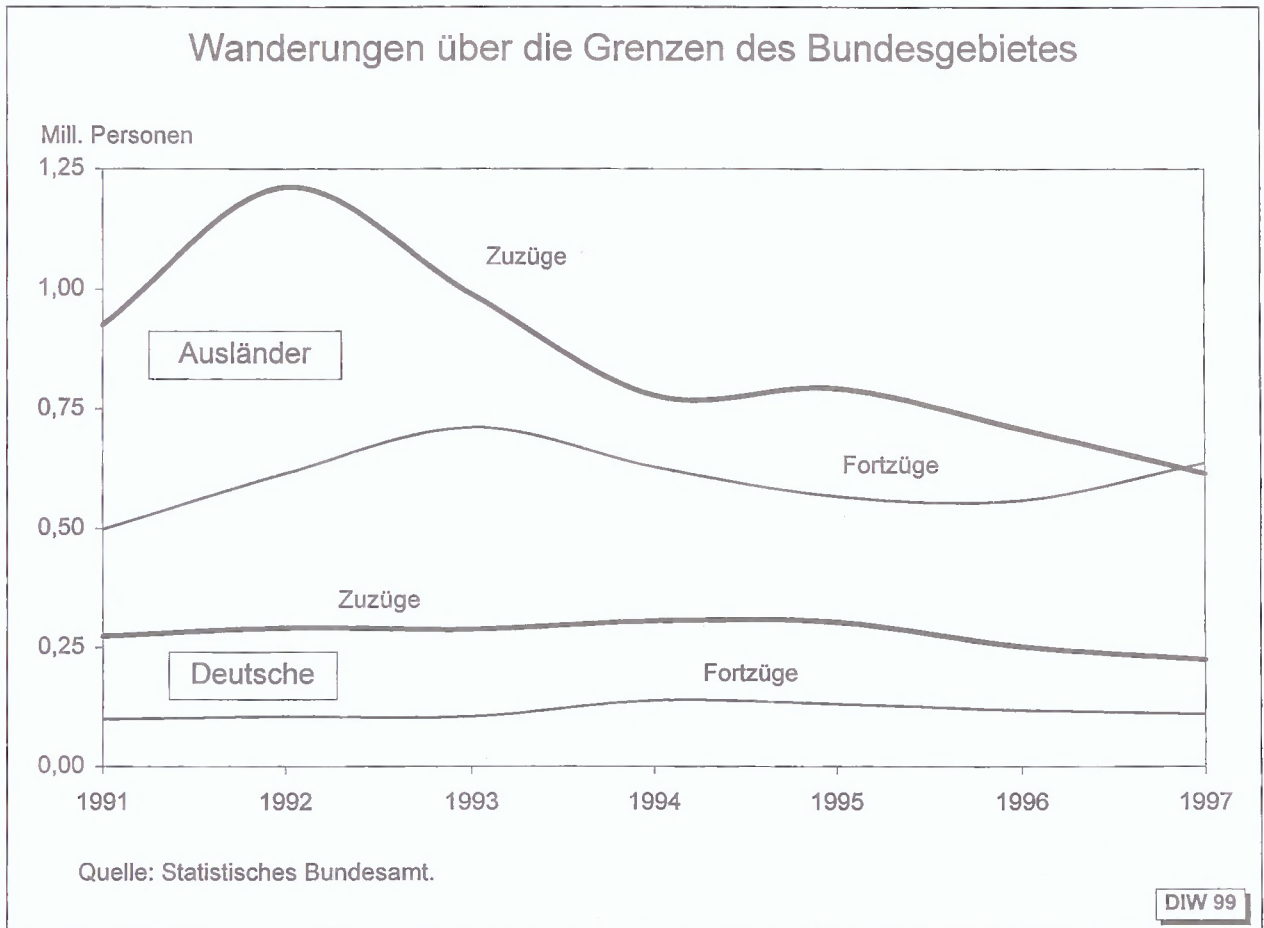
³ Peter Krause unter Mitarbeit von Birgitt Otto: Sonderauswertung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP): Einkommenschichtung und Einkommensmobilität. Gutachten des DIW im Auftrage der Zeitschrift „Capital“, Berlin 1997 (als Manuskript vervielfältigt).

⁴ Vgl. Zuwanderung vergrößert Einkommensungleichheit und Einkommensarmut in Deutschland geringfügig. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau, Joachim Frick, Peter Krause und Gert Wagner. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 50/96, S. 816 ff.

⁵ Die Zuordnung eines Haushalts zu einer sozioökonomischen Haushaltsgruppe wird nach den Merkmalen der Bezugsperson im Haushalt (früher Haushaltsvorstand genannt) vorgenommen — das ist nach dem in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wie auch in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe verwendeten Unterhaltskonzept diejenige Person im Haushalt, die am meisten zum Haushaltseinkommen beiträgt. Vgl. Klaus Schüler: Private Haushalte nach sozioökonomischen Merkmalen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In: Allgemeines Statistisches Archiv, Heft 4/1983, S. 376 ff.

⁶ Vgl. Rainer Wasilewski (Projektleitung), Willi Oberlander, Uli Fell, Natalie Müller (Projektbearbeitung): Freie Berufe in den neuen Bundesländern. Nürnberg 1995.

Abbildung 1



Besonders stark expandierte allerdings die Zahl der Arbeitslosen-Haushalte — sie hat sich seit Anfang der neunziger Jahre mehr als verdoppelt. Um zwei Drittel größer als sechs Jahre zuvor war 1997 die Zahl der überwiegend von Sozialhilfe lebenden Haushalte. Beträchtlich vergrößert hat sich auch die Zahl der Rentner-Haushalte, während die der Beamtenpensionärs-Haushalte vergleichsweise wenig zunahm. Zwar ist der Kreis der regulären Versorgungsempfänger ebenso wie der der Rentner gewachsen, aber die Zahl der nach dem Zweiten Weltkrieg nicht wieder beschäftigten ehemaligen Beamten und ihrer Hinterbliebenen verliert mehr und mehr an Bedeutung. Zur Gruppe der übrigen Nichterwerbstätigen-Haushalte zählen neben Haushalten, deren Bezugspersonen ihren Lebensunterhalt überwiegend von sonstigen öffentlichen Übertragungen oder Unterhaltszahlungen bestreiten, auch solche, die von Vermögenseinkommen oder Mieteinnahmen leben. Auch diese recht heterogen zusammengesetzte Gruppe⁷ hat in den neunziger Jahren beträchtlich zugenommen.

Durchschnittliche Haushaltseinkommen

Das durchschnittlich verfügbare Haushaltseinkommen der Privathaushalte belief sich 1991 auf 4 330 DM monatlich; bis 1997 ist es auf 5 140 DM gestiegen (oberer Teil der Tabelle 2). Bei der Interpretation dieser Beträge ist zu beachten, daß es sich hier nicht um Einkommen einzelner Personen, sondern von Haushalten handelt: In nahezu vier Fünfteln aller Mehrpersonenhaushalte gibt es neben der statistischen Bezugsperson mindestens einen weiteren Einkommensbezieher. Zu berücksichtigen ist ferner, daß — ebenso wie in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — Sonderzahlungen und Vermögenseinkommen gleichmäßig auf die Monate der Berichtsjahre verteilt wurden; außerdem sind fiktive Mieteinnahmen für die Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie Zinserträge aus

⁷ Die Einkommensentwicklung dieser Gruppe wird im folgenden nicht untersucht; Durchschnittsbeträge wären kaum aussagekräftig.

Tabelle 1

Zahl der Privathaushalte nach Haushaltsgruppen
in 1 000

Jahr	Haushalte von								Insgesamt ²⁾
	Selbstständigen	Ange-stellten	Beamten	Arbeitern	Arbeitslosen ¹⁾	Rentnern	Pensio-nären	Sozialhilfe-empfängern	
1991	2 147	8 431	1 650	8 261	923	10 138	920	651	34 851
1992	2 200	8 199	1 667	8 104	1 130	10 331	927	727	35 237
1993	2 255	8 120	1 698	7 877	1 431	10 529	926	799	35 803
1994	2 312	8 118	1 699	7 807	1 605	10 827	922	834	36 172
1995	2 339	8 187	1 683	7 758	1 617	11 140	924	920	36 485
1996	2 386	8 227	1 673	7 505	1 835	11 325	937	1 000	36 855
1997	2 418	8 213	1 652	7 212	2 069	11 437	944	1 080	37 030
Nachrichtlich:									
Haushaltsmitglieder je 100 Haushalte									
1991	290	243	275	279	236	162	163	227	226
1992	286	243	275	280	235	162	163	227	226
1993	284	239	270	279	235	163	164	233	224
1994	280	236	268	278	231	163	164	238	222
1995	277	236	268	277	227	164	164	241	221
1996	275	233	265	275	226	164	164	240	219
1997	274	232	264	275	225	164	165	240	219
Verbrauchereinheiten ³⁾ je 100 Haushalte									
1991	222	191	211	213	186	143	144	175	181
1992	220	191	211	214	185	143	144	174	181
1993	218	188	208	213	186	143	144	178	180
1994	215	187	207	212	183	144	144	181	179
1995	213	186	207	211	181	144	145	182	178
1996	213	186	206	211	182	144	145	183	178
1997	211	184	204	210	182	144	146	183	177
<p>¹⁾ Haushalte, deren Bezugspersonen überwiegend von Arbeitslosengeld oder -hilfe leben. — ²⁾ Einschließlich derjenigen Haushalte, deren Bezugspersonen überwiegend von sonstigen öffentlichen Übertragungen, Unterhaltszahlungen, Vermögenseinkommen, Mieteinnahmen u.ä. leben. — ³⁾ Um den unterschiedlichen Bedarf der Haushaltsmitglieder zu berücksichtigen, wurden diese mit Äquivalenzziffern gewichtet, und zwar die Bezugsperson eines Haushalts mit dem Faktor 1, jedes weitere Haushaltsmitglied ab 14 Jahren mit 0,7 und jedes weitere Kind unter 14 Jahren mit 0,5.</p> <p>Quellen: Statistisches Bundesamt: Verfügbares Einkommen, Zahl der Haushalte und Haushaltsmitglieder nach Haushaltsgruppen (als Arbeitsunterlage vervielfältigt); Berechnungen des DIW.</p>									

Lebensversicherungsverträgen im verfügbaren Einkommen enthalten.

Für fast alle Haushaltsgruppen ist die Einkommensentwicklung in den neunziger Jahren ohne Schwankungen und nahezu parallel verlaufen. Das ist deutlich zu erkennen, wenn man die durchschnittlichen Einkommen der Haushaltsgruppen auf den Durchschnittsbetrag für die Gesamtheit der Privathaushalte bezieht. Dabei zeigt sich eine klare „Einkommenshierarchie“: Bei den Arbeitnehmer-Haushalten liegen die Beamten-, bei den Nichterwerbstätigen-Haushalten die Pensionärs-Haushalte mit deutlichem Abstand vorn. Einkommensunterschiede zwi-

schen Beamten und anderen Arbeitnehmern einerseits sowie Pensionären und Rentnern andererseits resultieren aus zahlreichen Faktoren; neben der Erwerbsbiographie spielt vor allem die soziale Sicherung eine Rolle. Beamte sind von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Renten-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung befreit; sie zahlen indes in der Regel Beiträge zu einer privaten Krankenversicherung (Tabelle 3), die für Angestellte und Arbeiter eher die Ausnahme sind. Im Krankheitsfall finanzieren Privatversicherte Arzt- und Krankenhausleistungen als Teil ihrer Verbrauchsausgaben vor. Die Kostenerstattung von der Versicherung und auch die Bei-

Tabelle 2

Durchschnittlich verfügbares Einkommen nach Haushaltsgruppen
in DM je Monat

Jahr	Haushalte von								Insgesamt ²⁾
	Selbstständigen	Ange-stellten	Beamten	Arbeitern	Arbeitslosen ¹⁾	Rentnern	Pensio-nären	Sozialhilfe-empfängern	
Durchschnittseinkommen je Haushalt									
1991	12 140	4 850	6 110	4 020	2 640	2 880	4 510	1 940	4 330
1992	12 330	5 290	6 490	4 320	2 890	3 110	4 780	2 080	4 610
1993	11 340	5 530	6 730	4 480	3 060	3 280	5 130	2 200	4 690
1994	12 480	5 530	6 820	4 510	2 990	3 410	5 270	2 330	4 820
1995	14 160	5 540	6 940	4 490	2 960	3 460	5 430	2 380	4 940
1996	14 420	5 670	7 090	4 640	3 090	3 610	5 760	2 400	5 070
1997	14 820	5 720	7 140	4 690	3 050	3 690	5 890	2 430	5 140
Durchschnittseinkommen je Haushaltsmitglied									
1991	4 190	2 000	2 230	1 440	1 120	1 780	2 760	860	1 920
1992	4 310	2 180	2 360	1 540	1 230	1 910	2 930	920	2 040
1993	4 000	2 320	2 490	1 610	1 300	2 020	3 130	940	2 100
1994	4 470	2 340	2 550	1 630	1 300	2 090	3 220	980	2 170
1995	5 120	2 350	2 590	1 620	1 310	2 110	3 310	990	2 230
1996	5 250	2 430	2 670	1 690	1 370	2 200	3 510	1 000	2 310
1997	5 410	2 470	2 700	1 710	1 360	2 250	3 560	1 010	2 350
Durchschnittseinkommen je Verbrauchereinheit ³⁾									
1991	5 460	2 540	2 890	1 880	1 430	2 010	3 130	1 110	2 380
1992	5 610	2 780	3 080	2 020	1 570	2 170	3 320	1 200	2 550
1993	5 200	2 930	3 230	2 100	1 650	2 290	3 550	1 230	2 610
1994	5 790	2 960	3 300	2 120	1 630	2 370	3 650	1 280	2 690
1995	6 640	2 980	3 360	2 120	1 640	2 400	3 750	1 310	2 770
1996	6 780	3 050	3 450	2 200	1 700	2 500	3 960	1 320	2 860
1997	7 010	3 100	3 500	2 230	1 670	2 560	4 040	1 330	2 910

1) Haushalte, deren Bezugspersonen überwiegend von Arbeitslosengeld oder -hilfe leben. — 2) Einschließlich derjenigen Haushalte, deren Bezugspersonen überwiegend von sonstigen öffentlichen Übertragungen, Unterhaltszahlungen, Vermögenseinkommen, Mieteinnahmen u.ä. leben. — 3) Um den unterschiedlichen Bedarf der Haushaltsmitglieder zu berücksichtigen, wurden diese mit Äquivalenzziffern gewichtet, und zwar die Bezugsperson eines Haushalts mit dem Faktor 1, jedes weitere Haushaltsmitglied ab 14 Jahren mit 0,7 und jedes weitere Kind unter 14 Jahren mit 0,5.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Verfügbares Einkommen, Zahl der Haushalte und Haushaltsmitglieder nach Haushaltsgruppen (als Arbeitsunterlage vervielfältigt); Berechnungen des DIW.

hilfe für Beamte gehen in das verfügbare Einkommen der jeweiligen Haushalte ein. Krankheitsleistungen an nichtbeamtete Arbeitnehmer dagegen werden in der Regel zwischen gesetzlicher Krankenversicherung und Arzt oder Krankenhaus direkt abgerechnet.⁸ Dieser Leistungsstrom wird in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Teil des Staatsverbrauches⁹ verbucht und berührt nicht das verfügbare Einkommen der betreffenden Haushaltsgruppen.

Der Einkommensvorsprung der Beamtenpensionäre vor den Sozialrentnern wird dadurch gemindert, daß Versor-

⁸ Bei den Aufwendungen für Zahnersatz war das Sachleistungsprinzip für einige Zeit außer Kraft: Der Kassenpatient rechnete wie ein Privatpatient mit seinem Zahnarzt ab und erhielt dann einen Festzuschuß zu den Behandlungskosten. Diese Regelung wurde durch das Gesetz zur Stärkung der Solidarität in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Solidaritätsstärkungsgesetz) vom 19. Dezember 1998, BGBl. I, S. 385 ff. zurückgenommen.

⁹ Ganz überwiegend handelt es sich dabei um Ausgaben des Staates für den Individualverbrauch, die sich dem „erweiterten Verbrauch“ der privaten Haushalte zurechnen lassen. Vgl. Günter Kopsch: Staatsverbrauch nach dem Ausgaben- und Verbrauchs-konzept. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1984, S. 297 ff.

Tabelle 3

Durchschnittliche Aufwendungen für die soziale Sicherung 1993 nach Haushaltsgruppen
in % des Haushaltsbruttoeinkommens

Haushaltsgruppe	Pflichtbeiträge ¹⁾	Freiwillige Beiträge ²⁾	Beiträge zur privaten	Zusammen
	zur Sozialversicherung		Krankenversicherung	
Früheres Bundesgebiet				
Haushalte von				
Selbständigen	3,5	3,1	2,9	9,5
Angestellten	11,3	3,1	0,9	15,3
Beamten	1,9	0,5	3,3	5,7
Arbeitern	14,6	0,6	0,2	15,4
Nichterwerbstätigen	4,4	0,6	1,4	6,4
Zusammen	8,7	1,7	1,3	11,6
Neue Länder und Berlin-Ost				
Haushalte von				
Selbständigen	6,2	3,7	1,3	11,2
Angestellten	13,5	1,9	0,1	15,4
Beamten	4,7	0,8	1,6	7,0
Arbeitern	14,5	0,2	0,1	14,7
Nichterwerbstätigen	4,9	0,5	0,1	5,5
Zusammen	10,5	1,1	0,2	11,7
Deutschland				
Haushalte von				
Selbständigen	3,8	3,2	2,7	9,7
Angestellten	11,6	2,9	0,8	15,3
Beamten	2,0	0,5	3,2	5,7
Arbeitern	14,6	0,5	0,2	15,3
Nichterwerbstätigen	4,5	0,6	1,2	6,2
Zusammen	8,9	1,6	1,1	11,6
<p>¹⁾ Arbeitnehmeranteile zur Renten-, gesetzlichen Kranken- und Arbeitslosenversicherung. — ²⁾ Freiwillige Beiträge zur Renten- und gesetzlichen Krankenversicherung sowie zu Pensions-, Alters- und Sterbekassen. Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 4, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte.</p>				

gungsbezüge der Lohnsteuer unterliegen, die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung aber faktisch steuerfrei bleiben: Nur der „Ertragsanteil“ einer Rente¹⁰ ist steuerpflichtig, und dieser ist in der Regel geringer als der Steuerfreibetrag. Doch beziehen Pensionäre alljährlich eine Sonderzuwendung, Sozialrentner nicht.

Die Arbeitslosen-Haushalte nehmen den vorletzten Platz in der Einkommenshierarchie ein; ihr Durchschnittseinkommen beträgt etwas mehr als die Hälfte (1991: 58 %, 1997: 56 %) des entsprechenden Betrages der Arbeitnehmer-Haushalte. An der letzten Stelle stehen die Haushalte von Sozialhilfeempfängern, deren Durchschnittseinkom-

men 42% (1991) bzw. 45% (1997) des der Arbeitnehmer-Haushalte betrug.

Besonders groß ist der Einkommensabstand zwischen Selbständigen-Haushalten und den anderen Haushaltsgruppen. 1991 verfügten die Selbständigen-Haushalte im Durchschnitt über gut zweieinhalbmals, 1997 über fast drei-

¹⁰ Im Einkommensteuerrecht wird unterstellt, daß sich der Zahlbetrag einer Rente aus der Rückzahlung des zugrunde liegenden Kapitals (Stammrechtsanteil) und dem Ertrag dieses Stammrechts (Ertragsanteil) zusammensetzt.

Tabelle 4

**Durchschnittliches Geldvermögen 1993 nach Haushaltsgruppen und nach Anlageformen
in DM je Haushalt mit der jeweiligen Anlageform**

Haushaltsgruppe	Spar- guthaben	Bauspar- guthaben	Versicherungs- guthaben ¹⁾	Wert- papiere ²⁾	Sonstiges Geld- vermögen ³⁾	Zusammen
Früheres Bundesgebiet						
Haushalte von						
Selbständigen	13 700	15 700	92 400	70 000	58 500	155 100
Angestellten	11 200	11 900	33 900	35 900	29 700	70 100
Beamten	13 000	14 700	29 600	39 200	32 800	77 200
Arbeitern	9 600	10 000	23 400	24 000	25 200	49 000
Nichterwerbstätigen	14 000	9 200	18 400	53 000	32 000	53 400
Zusammen	12 300	11 200	31 400	42 600	33 100	65 300
Neue Länder und Berlin-Ost						
Haushalte von						
Selbständigen	8 400	9 600	9 900	26 900	31 900	44 900
Angestellten	9 300	7 800	3 500	18 400	21 200	31 300
Beamten	8 100	5 600	3 400	13 700	15 400	25 900
Arbeitern	7 300	6 100	2 800	12 200	14 600	19 800
Nichterwerbstätigen	8 600	6 400	2 700	18 000	15 900	19 600
Zusammen	8 400	7 000	3 400	17 100	18 000	23 400
Deutschland						
Haushalte von						
Selbständigen	13 000	14 800	82 000	65 000	54 500	141 100
Angestellten	10 900	11 200	28 700	33 100	27 800	63 600
Beamten	12 900	14 400	28 500	38 300	32 100	75 300
Arbeitern	9 100	9 300	19 200	21 800	22 200	42 900
Nichterwerbstätigen	12 800	8 700	15 100	47 100	27 600	46 100
Insgesamt	11 600	10 600	26 300	38 700	29 500	57 400

¹⁾ Rückkaufwert von Lebens-, Sterbegeld-, Ausbildungs- und Aussteuerversicherungen. — ²⁾ Bewertet zum Tageskurs. — ³⁾ Festgelder, Berlin-Darlehen u.ä.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2, Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte.

mal so hohe finanzielle Mittel wie ein Arbeitnehmer-Haushalt. Hier zeigt sich die günstige Gewinnentwicklung. Die Arbeitseinkommensquote, bei deren Berechnung neben dem Einkommen aus unselbständiger Arbeit ein kalkulatorisches Arbeitseinkommen der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen berücksichtigt wird, sank von 80 % (1991) auf 78 % (1997); ohne diese kalkulatorischen Einkommen machten die Gewinne 15 % (1991) bzw. 19 % (1997) des Volkseinkommens aus. Ferner wirkte sich aus, daß die steuerliche Belastung der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen — nicht zuletzt aufgrund von Sonderabschreibungen, die der Gesetzgeber

für Investitionen in den neuen Bundesländern ermöglichte — stark rückläufig war, während die auf das Einkommen aus unselbständiger Arbeit erhobenen direkten Steuern — noch mehr allerdings die Sozialbeiträge — überproportional expandierten.

Bei den Erwerbstätigenhaushalten ist die unterschiedliche Ausgestaltung der Alters- und Hinterbliebenenvorsorge zu berücksichtigen. Bei (nichtbeamteten) Arbeitnehmern wird diese zu einem großen Teil durch Beiträge an die gesetzliche Rentenversicherung abgedeckt, die in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als geleistete lau-

fende Übertragung abgesetzt werden und nicht im verfügbaren Einkommen enthalten sind. Im Gegensatz dazu finanzieren Selbständige ihre Altersversicherung in der Regel aus ihrem verfügbaren Einkommen. Wegen ihrer Steuerbegünstigung sehr beliebt ist dabei als Anlageform die Lebensversicherung¹¹ (Tabelle 4). Auch viele Freiberufler, die in einem berufsständischen Versorgungswerk pflichtversichert sind, treffen zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenvorsorge durch den Abschluß einer Lebensversicherung.¹²

In einer früheren Untersuchung des DIW¹³ wurde die unterschiedliche Einkommenslage der landwirtschaftlichen Haushalte und der Selbständigen-Haushalte außerhalb der Landwirtschaft dargestellt. Während das Einkommen dieser Haushaltsgruppe über die achtziger und frühen neunziger Jahre hinweg mit konjunkturell bedingten Schwankungen stark expandierte, verlief die Entwicklung für jene Haushalte weniger günstig. Hier führten Ausschläge im Witterungsverlauf, beim Ernteergebnis, bei Vorleistungspreisen und bei Verkaufserlösen sowie politische Entscheidungen zu einem Auf und Ab der Gewinne auf vergleichsweise niedrigem Niveau. Der Einkommensabstand zwischen den landwirtschaftlichen und den außerlandwirtschaftlichen Haushalten der Selbständigen dürfte heute kaum geringer sein: Das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ist von 1991 bis 1997 in der Land- und Forstwirtschaft nur um 12 %, in den übrigen Wirtschaftsbereichen indes um 41 % gestiegen. Leider hat das Statistische Bundesamt den getrennten Einkommensnachweis für die Haushalte von Selbständigen innerhalb und außerhalb der Landwirtschaft im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung eingestellt.

Pro-Kopf-Einkommen

Haushaltseinkommen sind nur bedingt ein Wohlstandsindikator. Deshalb werden Pro-Kopf-Einkommen berechnet. In 100 Haushalten von Selbständigen lebten 1997 im Mittel 274 Personen, in 100 Arbeitnehmer-Haushalten 253 Personen, in 100 Haushalten von Nichterwerbstätigen 177 Personen (mittlerer Teil der Tabelle 1). Fast die Hälfte der Nichterwerbstätigen-, jedoch nur ein Viertel der Erwerbstätigen-Haushalte sind Einpersonen-Haushalte, deren Anteil seit langem tendenziell zunimmt. Bei den Haushalten von Sozialhilfeempfängern hat es allerdings eine gegenläufige Entwicklung gegeben: Der Anteil der von Sozialhilfe lebenden Familien mit Kindern ist heute größer als am Anfang der neunziger Jahre.

In der Pro-Kopf-Einkommensrechnung (mittlerer Teil der Tabelle 2) liegen die Durchschnittsbeträge der Haushaltsgruppen dichter beisammen als in der haushaltsbezogenen Rechnung. Gleichzeitig rücken die — vergleichsweise kleinen — Haushalte von Rentnern und Beamtenpensionären in der nach der Höhe des Durchschnittseinkommens gestaffelten Rangordnung auf eine höhere Position; die

Tabelle 5

Durchschnittliche Ausgaben für Wohnungsmiete und Haushaltsenergie 1993 nach ausgewählten Haushaltstypen in % des Haushaltsnettoeinkommens

Haushaltstyp	Ausgaben für		
	Wohnungsmieten	Haushaltsenergie	Zusammen
Früheres Bundesgebiet			
Alleinlebende Frau	21,0	5,8	26,8
Alleinlebender Mann	16,9	4,4	21,3
Ehepaar ohne Kind	14,2	4,1	18,4
Ehepaar mit einem Kind	13,5	3,9	17,4
Ehepaar mit mehreren Kindern	13,5	3,8	17,3
Neue Länder und Berlin-Ost			
Alleinlebende Frau	16,5	7,9	24,4
Alleinlebender Mann	13,7	6,3	20,0
Ehepaar ohne Kind	10,9	5,6	16,5
Ehepaar mit einem Kind	9,0	4,5	13,4
Ehepaar mit mehreren Kindern	9,3	4,6	13,9
Deutschland			
Alleinlebende Frau	20,4	6,1	26,5
Alleinlebender Mann	16,6	4,6	21,2
Ehepaar ohne Kind	13,8	4,3	18,1
Ehepaar mit einem Kind	12,8	4,0	16,8
Ehepaar mit mehreren Kindern	12,9	3,9	16,8
Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 4, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte, Heft 5, Aufwendungen privater Haushalte für den Privaten Verbrauch.			

Pensionärs-Haushalte nehmen nun nach den Selbständigen-Haushalten den zweiten Platz ein.

Verfügbares Einkommen je Verbrauchereinheit

Aber nicht nur die unterschiedliche Haushaltsgröße der sozioökonomischen Gruppen ist zu berücksichtigen, wenn

¹¹ Vgl. Klaus-Dietrich Bedau: Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland. Gutachten des DIW im Auftrage der Friedrich-Ebert-Stiftung. Beiträge zur Strukturfor-schung, Heft 173, Berlin 1998.

¹² Vgl. Zur Einkommenslage in den freien Berufen. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 2/99, S. 51 ff.

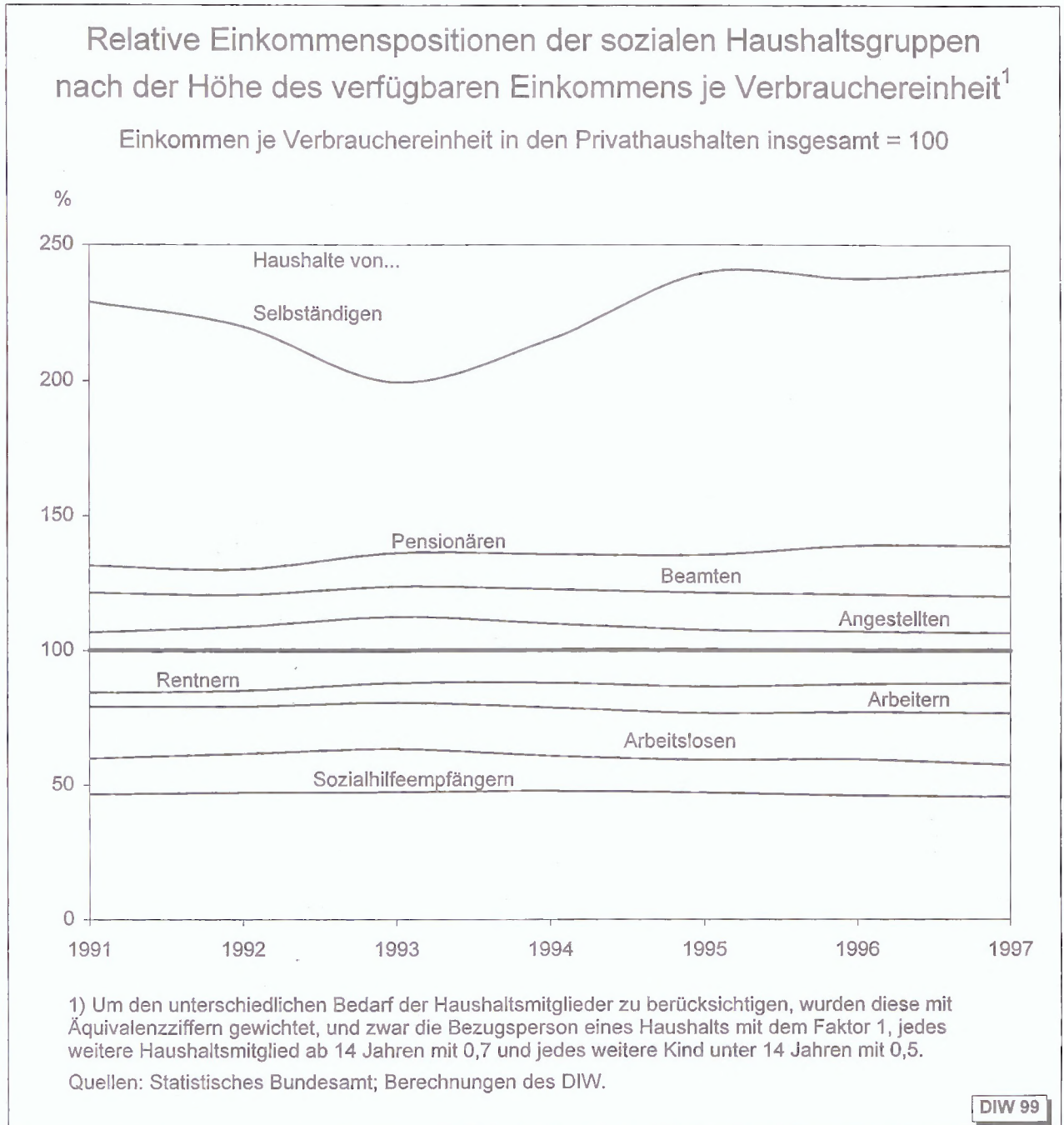
¹³ Relative Einkommenspositionen der westdeutschen Haushaltsgruppen in den achtziger und neunziger Jahren. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 18/95, S. 355 ff.

man deren „Wohlstandsniveau“ messen will. In Rechnung zu stellen ist auch, daß Kleinhaushalte einen vergleichsweise hohen Aufwand für einige Bereiche der Wirtschaftsführung zu tragen haben, während größere Familien hier von einer Kostendegression begünstigt werden. Auch wenn mit jeder weiteren Person im Haushalt der Bedarf an Wohnraum zunimmt, benötigt ein Vierpersonen-Haushalt in der Regel nicht viermal so viel Wohnraum wie eine allein-stehende Person. Nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) von 1993 — neuere Informationen liegen nicht vor — gab eine allein-

lebende Frau für Wohnungsmiete und Haushaltsenergie mit 636 DM im Monat fast 27 % ihres Nettoeinkommens aus; bei einem Ehepaar mit mehreren Kindern (1 114 DM) war dies zwar absolut erheblich mehr, relativ (17 %) aber deutlich weniger als beim Einpersonen-Haushalt¹⁴ (Tabelle 5).

¹⁴ Vgl. auch Wohnungsmieten in Deutschland im Jahr 1997 — Ergebnisse des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Bearb.: Joachim Frick und Herbert Lahmann. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 22/98, S. 392 ff.

Abbildung 2



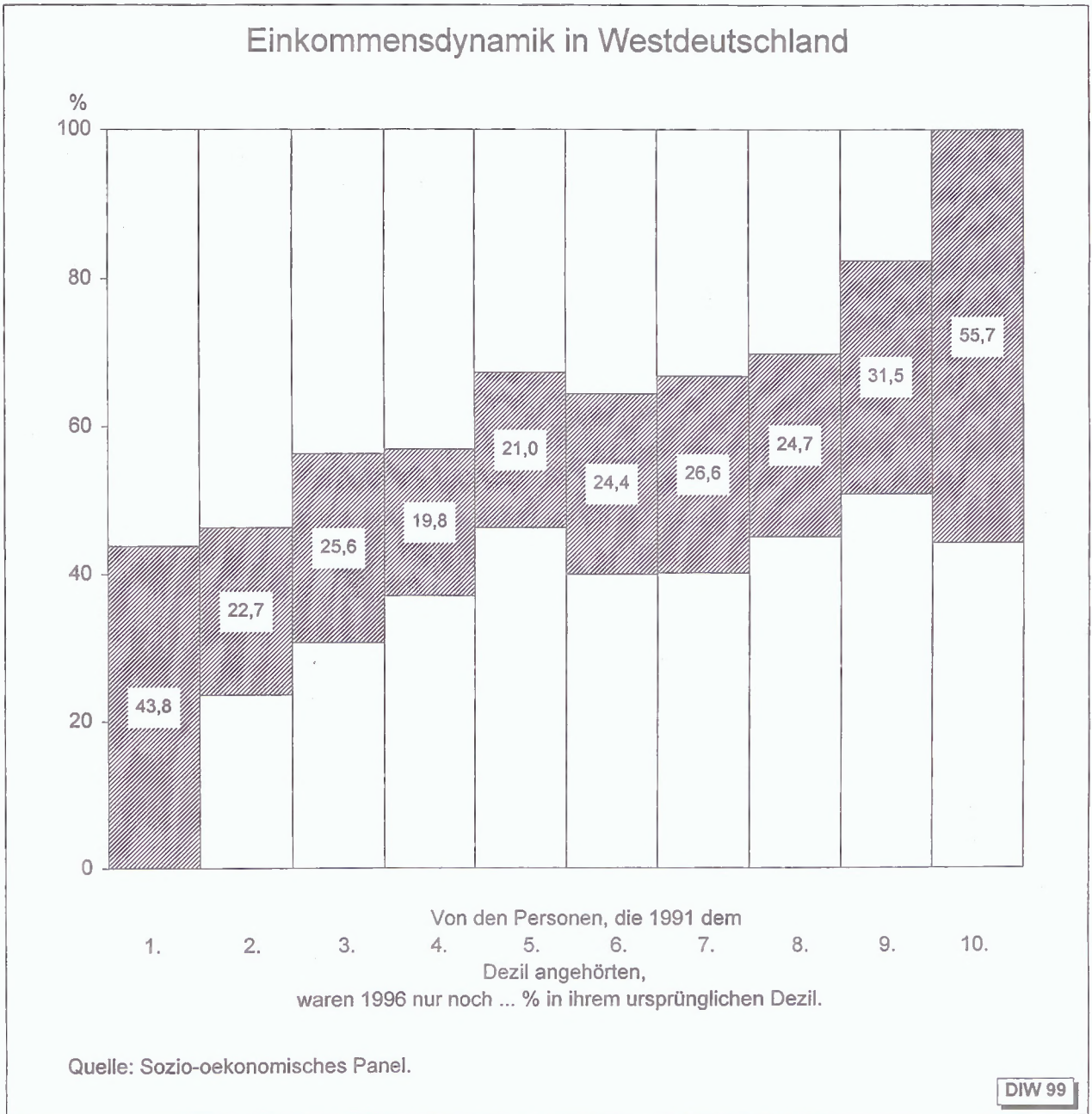
Um die Einkommenslage solcher Haushalte vergleichbar zu machen, die sich sowohl in der Größe als auch in der Zusammensetzung unterscheiden, ist es seit langem üblich, die Haushaltsmitglieder unter Verwendung bedarfsspezifischer Äquivalenzziffern in Verbrauchereinheiten umzurechnen. Dabei ist eine ganze Reihe von Äquivalenzziffernskalen zur Anwendung gekommen; bereits 1932 hat das Statistische Reichsamt 16 derartige Skalen zusammengestellt.¹⁵ Im Statistischen Bundesamt¹⁶ wird daran gearbeitet, empirisch fundierte Äquivalenzziffern aus den Ergebnissen der EVS abzuleiten; zur Zeit verwendet man in der amtlichen Statistik eine Skala, bei der die Bezugsperson eines Haushalts mit dem Faktor 1, jedes

weitere Haushaltsmitglied ab 14 Jahren mit 0,7 und jedes weitere Kind unter 14 Jahren mit 0,5 gewichtet werden. Diese wurde auch hier herangezogen (unterer Teil der Tabelle 1).

¹⁵ Die Lebenshaltung von 2 000 Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenhaushalten. Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen im Deutschen Reich vom Jahre 1927/28, Teil I, Gesamtergebnisse, Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs, Berlin 1932, S. 11.

¹⁶ Klaus Schüler: Verfügbares Einkommen nach Haushaltsgruppen in erweiterter Haushaltsgliederung 1972 bis 1988. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1990, S. 182 ff. und S. 140* ff.

Abbildung 3



Auch die am Bedarf der Haushaltsmitglieder orientierte Rechnung (unterer Teil der Tabelle 2) zeigt, daß die Entwicklung der gruppenspezifischen Durchschnittseinkommen in Deutschland weitgehend stabil verlaufen ist. Die Rangordnung der Haushaltsgruppen nach der Einkommenshöhe (Abbildung 2) ist die gleiche wie in der Pro-Kopf-Rechnung.

Einkommensdynamik

Durchschnittseinkommen und deren Entwicklung ermöglichen einen ersten Einstieg in die Analyse der Einkommensverteilung. Die Einkommensmobilität, die es innerhalb der Gruppen gibt, wird von den Durchschnittsbeträgen freilich verdeckt. Sie wird etwa dadurch induziert, daß ein Angehöriger eines Arbeiter-Haushalts in eine besser vergütete Gehalts- oder Lohngruppe eingestuft wird, Überstundenvergütungen und Zuschläge für Feiertags- und Nachtarbeit entfallen, aus einer Vollzeit- in eine Teilzeitbeschäftigung gewechselt wird oder bei Kurzarbeit Einkommenseinbußen hinzunehmen sind.

Auch die Einkommensmobilität zwischen den Gruppen tritt nicht zutage. Selbstverständlich verbessert sich die Einkommensposition, wenn ein Arbeitsloser einen Arbeitsplatz findet; andererseits ist es mit erheblichen Einbußen verbunden, wenn ein Arbeitnehmer seinen Arbeitsplatz verliert und danach von Unterstützungszahlungen lebt. Trotz der hohen Zahl von Langzeitarbeitslosen sind perso-

nelle Wechsel auf dem Arbeitsmarkt häufig: Für 1997 weist die Statistik bei jahresdurchschnittlich 4,4 Mill. als erwerbslos Registrierten 7,3 Mill. Zugänge und 6,9 Mill. Abgänge von Arbeitslosen aus. Zu jeder Zeit gibt es den Wechsel zwischen Erwerbs- und Nichterwerbspersonen: Junge Menschen steigen in das Berufsleben ein, ältere beenden es mit dem Eintritt in den Ruhestand. Mit Durchschnittswerten läßt sich die Dynamik in der Einkommensverteilung nicht wiedergeben. Man kann sie jedoch aufzeigen, wenn man Mikrodaten verwendet: Nach den Ergebnissen des Sozio-ökonomischen Panels sind von den Westdeutschen, die sich 1991 im untersten Dezil der Einkommenschichtung befanden, bis 1996 etwas mehr als 56 % in höhere Dezile gelangt (einige sogar bis ins oberste Dezil); von den Personen, die 1991 zum obersten Dezil der Einkommenschichtung zählten, sind bis 1996 reichlich 44 % in Dezile mit einem geringeren Durchschnittseinkommen abgestiegen (einige sogar bis ins unterste Dezil). Im Bereich mittlerer Einkommen ist die Dynamik am stärksten: Von den Personen, die 1991 dem fünften Dezil der Einkommenschichtung angehörten, sind bis 1997 33 % in „höhere“, 46 % in „niedrigere“ Dezile abgewandert; nur 21 % verblieben in ihrem „ursprünglichen“ Dezil (Abbildung 3).

Dieser Befund ist mit der stabilen Entwicklung der gruppenspezifischen Durchschnittsbeträge durchaus im Einklang: Das Auf und Ab auf der Einkommensskala einzelner Haushalte beeinflusste den Mittelwert wenig, weil sich die Wanderungseffekte annähernd kompensierten.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 160 **Auslandsinvestitionen ostasiatischer Länder in Europa und in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Siegfried Schultz. 225 S. 1995. (3-428-08408-X). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 161 **Bisherige und künftige Versorgung der osteuropäischen Länder mit den Stahlveredlern Mangan, Chrom, Nickel und Molybdän.** Von Peter Eggert, Eberhard Wettig, Ilse Häusser, Aribert Kampe, Manfred Kraft, Jochen Parchmann, Helmut Schmidt und Gerhard Winkler. 364 S. 1995. (3-428-08609-0). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 178,—.
- Heft 162 **Künftige Entwicklung des Medien- und Kommunikationssektors in Deutschland.** Von Klaus Schrape, Wolfgang Seufert, Hansjörg Haas, Daniel Hürst und Sabine Gafke. 212 S. 1996. (3-428-08766-6). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 163 **Verflechtungsanalysen für die Volkswirtschaft der DDR am Vorabend der deutschen Vereinigung.** Von Udo Ludwig, Reiner Stäglin, Carsten Stahmer, unter Mitarbeit von Karl-Heinz Siehndel. 283 S. 1996. (3-428-08879-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 164 **Expertise über die Anstoßwirkungen öffentlicher Mittel in der Städtebauförderung.** Von Vera Lessat unter Mitarbeit von Klaus-Peter Gaulke und Josef Rother. 102 S. 1996. (3-428-08902-2). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Heft 165 **FuE-Aktivitäten, Außenhandel und Wirtschaftsstrukturen: Die technologische Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich.** Von Florian Straßberger, Marian Beise, Heike Beitz, Ludger Lindlar, Dieter Schumacher und Harald Trabold. 211 S. 1996. (3-428-08920-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 166 **Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft in Deutschland bis zum Jahr 2010 — Ergebnisse quantitativer Szenarien.** Von Martin Gornig, Bernd Görzig, Claudius Schmidt-Faber und Erika Schulz. 169 S. 1997. (3-428-09126-4). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Heft 167 **Ostmitteleuropa auf dem Weg in die EU — Transformation, Verflechtung, Reformbedarf.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Fritz Franzmeyer, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher und Harald Trabold, unter Mitarbeit von Silke Boger und David Rusnok. 348 S. 1997. (3-428-09133-7). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 168 **Lage und Perspektiven der deutschen Schienenfahrzeugindustrie.** Von Rainer Hopf, Hartmut Kuhfeld, Heike Link, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels, unter Mitarbeit von Alfred Haid und Kurt Hornschild. 242 S. 1997. (3-428-09141-8). DM 144,— / öS 1.051,— / sFr 128,—.
- Heft 169 **Wirtschaftliche Verflechtung zwischen EU und GUS — Niedriges Niveau, großes Potential, vage Perspektiven.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher, Harald Trabold und Ulrich Weißenburger (†) unter Mitarbeit von Silke Boger, Ulrike Ludden und David Rusnok. 210 S. 1997. (3-428-09344-5). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 170 **Lage und Perspektiven der Unternehmen in Ostdeutschland — Ergebnisse einer Umfrage.** Von Karl Brenke und Alexander Eickelpasch, unter Mitarbeit von Lorenz Blume. 124 S. 1997. (3-428-09361-5). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 171 **Europäische Strukturfonds in Sachsen: Zwischenevaluierung für die Jahre 1994 bis 1996.** Von Kornelia Hagen und Kathleen Toepel. 249 S. 1997. (3-428-09389-5). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 172 **Situation und Perspektiven der deutschen Raumfahrtindustrie — Eine ordnungspolitische Analyse.** Von Bernhard Wieland, Talat Mahmood und Lars-Hendrick Röllner, Projektleitung: Kurt Hornschild. 210 S. 1998. (3-428-09440-9). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 173 **Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland.** Von Klaus-Dietrich Bedau. 127 S. 1998. (3-428-09481-6). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 174 **Effizienz von Maßnahmen zur Verbrauchseinschränkung bei Mineralölversorgungsstörungen.** Von Rainer Hopf, Jutta Kloas, Heilwig Rieke, Martin Schmied und Franz Wittke (DIW); Klaus Lindner und Dieter Merten (IE). 239 S. 1998. (3-428-09482-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 175 **Wirkung und Wirksamkeit der EU-Binnenmarktmaßnahmen — Evaluierung des Studienprogramms der Europäischen Kommission.** Von Christian Weise, Stefan Bach, Heike Link, Uta Möbius, Bernhard Seidel, Wolfgang Seufert und Harald Trabold. 173 S. 1998. (3-428-09579-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 176 **Zum Einfluß betrieblicher und sektoraler Differenzierung der Arbeitskosten und sonstiger Regelungen auf die Beschäftigung im Strukturwandel.** Von Bernd Görzig, Wolfgang Scheremet und Frank Stille. 315 S. 1998. (3-428-09580-4). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 177 **Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metallhütten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).** Von Peter Eggert, Ilse Häusser, Bernd-Michael Kruse, Jochen Parchmann, Sighelm Thede und Eberhard Wettig. 341 S. 1998. (3-428-09682-7). DM 188,— / öS 1.372,— / sFr 167,50.
- Heft 178 **Die wirtschaftliche Bedeutung Berlins für den Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 158 S. 1998. (3-428-09745-9). DM 136,— / öS 993,— / sFr 121,—.
- Heft 179 **Deutschland im Strukturwandel — Strukturberichterstattung 1997.** Von Dietmar Edler, Bernd Görzig, Dieter Schumacher, Frank Stille (Koordination), Dieter Teichmann, Dieter Vesper und Rudolf Zwiener. 400 S. 1998. (3-428-09766-1). DM 212,— / öS 1.548,— / sFr 188,—.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 150 **Die Idee der Cash-flow-Steuer vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Steuersystems.** Von Stefan Bach. 474 S. 1993. (3-428-07984-5). DM 98,— / öS 715,— / sFr 98,—.
- Nr. 151 **Das Konvergenzproblem — Wirtschaftspolitik im Europa von Maastricht.** Von Fritz Franzmeyer (Hrsg.). 324 S. 1994. (3-428-08018-1). DM 88,— / öS 642,— / sFr 88,—.
- Nr. 152 **Selbstverpflichtungen der Industrie zur CO₂-Reduktion.** Von Michael Kohlhaas und Barbara Praetorius. 192 S. 1994. (3-428-08075-0). DM 76,— / öS 555,— / sFr 76,—.
- Nr. 153 **Wirtschaftliche Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Volker Meinhardt, Barbara Praetorius, Hans Wessels und Rudolf Zwiener. 234 S. 1995. (3-428-08292-3). DM 84,— / öS 613,— / sFr 84,—.
- Nr. 154 **Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen.** Von Volker Meinhardt, Bernhard Seidel, Frank Stille und Dieter Teichmann. 104 S. 1995. (3-428-08293-1). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 155 **Technologische Zusammenarbeit von Berliner Unternehmen mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 100 S. 1995. (3-428-08411-X). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.
- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.
- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). DM 74,— / öS 540,— / sFr 67,—.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). DM 148,— / öS 1.080,— / sFr 131,—.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwiener. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle — Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen Toepel. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,
Wolfram Schretil, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Süd-Nord-Gefälle eingeebnet? — Zur räumlichen Wirtschaftsentwicklung in Westdeutschland. Bearbeitet von Kurt Geppert. —
Entwicklung der Einkommenspositionen von Haushaltsgruppen in Deutschland. Bearbeitet von Klaus-Dietrich Bedau.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Druckerei Conrad GmbH Wachsmuthstr. 12, D-13467 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

— Hierzu 1 Prospekt des DIW —

DEUTSCHLAND

 Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

	Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang (Volumen) ²⁾														
					Verarbeitendes Gewerbe						Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten					
	Insgesamt		Inland		Ausland														
	in 1000				1995 = 100														
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	
1996	J	3808		325		98,4		97,6		99,9		97,5		98,9		100,9		98,3	
	F	3888	3876	323	325	96,9	97,9	94,8	96,2	100,6	101,0	94,9	96,1	99,6	99,9	98,7	100,2	94,7	96,8
	M	3934		330		98,4		96,1		102,4		95,8		101,2		100,9		97,5	
	A	3921		332		98,7		96,6		102,4		97,7		99,6		100,9		97,6	
	M	3932	3935	329	330	98,9	99,2	95,5	96,9	105,1	103,4	98,6	98,3	98,6	100,1	101,9	101,5	98,3	97,7
	J	3954		331		100,1		98,5		102,8		98,6		102,1		101,6		97,1	
	J	3980		327		99,8		96,2		106,1		99,5		100,0		101,8		96,6	
	A	4003	4006	324	326	100,5	99,8	97,3	96,6	106,2	105,5	100,8	100,4	99,6	98,6	104,0	102,3	97,1	97,3
	S	4036		328		99,1		96,2		104,3		100,8		96,2		101,1		98,2	
	O	4077		330		101,6		97,6		108,8		101,9		101,6		103,6		96,7	
	N	4120	4114	329	330	101,1	101,0	96,0	96,7	110,2	108,7	101,9	101,9	100,5	100,3	102,4	102,4	96,4	96,7
	D	4145		334		100,3		96,5		107,2		101,8		98,8		101,3		96,9	
1997	J	4257		331		102,1		96,0		113,0		103,1		101,6		102,4		97,7	
	F	4260	4260	332	329	103,1	102,9	97,4	96,9	113,3	113,5	105,6	104,9	100,5	101,1	102,6	102,7	99,8	98,6
	M	4265		325		103,4		97,4		114,3		106,0		101,1		103,0		98,4	
	A	4313		320		104,7		97,8		117,2		105,9		105,4		102,6		96,7	
	M	4377	4367	322	322	104,3	104,8	98,0	97,9	115,7	117,3	106,3	106,9	103,9	104,4	102,5	103,1	96,0	96,4
	J	4412		327		105,5		98,0		119,0		108,4		103,9		104,3		96,4	
	J	4443		333		105,9		98,9		118,5		108,8		104,7		103,5		96,4	
	A	4476	4471	340	338	106,8	107,0	98,6	98,9	121,4	121,5	108,5	108,9	108,0	107,6	102,5	103,6	95,6	96,0
	S	4497		344		108,2		99,2		124,5		109,5		110,1		104,7		95,9	
	O	4504		351		108,5		100,3		123,3		110,5		109,7		103,5		96,4	
	N	4492	4494	362	361	108,9	109,2	101,3	100,9	122,5	124,1	111,7	111,3	109,1	110,3	103,3	104,0	97,5	97,4
	D	4488		372		110,2		101,1		126,4		111,7		112,0		105,3		98,3	
1998	J	4416		377		109,9		103,0		122,4		111,2		112,3		105,8		95,6	
	F	4415	4417	389	390	110,9	110,5	103,5	103,2	124,1	123,6	111,0	111,2	114,6	113,6	108,1	107,0	96,2	95,7
	M	4421		406		110,7		103,1		124,4		111,3		114,0		107,2		95,3	
	A	4390		424		110,2		102,7		123,6		111,5		111,3		109,3		97,0	
	M	4324	4329	439	434	110,8	110,2	103,2	102,4	124,7	124,2	111,2	110,7	114,1	112,8	107,6	107,6	97,1	97,7
	J	4274		440		109,5		101,3		124,2		109,3		113,0		105,9		98,9	
	J	4230		442		109,7		102,8		122,3		108,8		113,4		109,5		98,1	
	A	4198	4194	446	442	108,5	109,1	102,6	102,7	119,3	120,6	108,6	108,6	110,7	112,3	107,9	109,0	98,1	96,5
	S	4155		440		109,0		102,8		120,2		108,5		112,7		109,5		93,3	
	O	4113		435		107,1		101,0		118,1		106,2		110,5		109,1		93,2	
	N	4110	4116	427	427	106,7		100,3		118,3		105,7		109,3		111,1		94,1	
	D	4125		422															

1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet.

— 2) Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

	Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe		Produktion ²⁾										Umsätze des Einzelhandels		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾				
			Verarbeitendes Gewerbe		Investitionsgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten		Bauhaupt- gewerbe				Ausfuhr		Einfuhr		
	in 1000		1995 = 100										1995 = 100		Mrd. DM				
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	
1996	J	6780		99,7		101,5		100,5		98,3		94,5		99,6		64,4		57,5	
	F	6749	6748	98,4	98,9	100,5	100,6	101,5	101,2	98,5	98,5	82,3	88,4	101,6	100,4	63,0	190,7	54,6	168,0
	M	6716		98,5		99,9		101,7		98,6		88,3		100,0		63,2		55,9	
	A	6690		98,9		101,0		99,2		100,1		94,1		100,7		65,2		57,6	
	M	6665	6663	99,5	99,1	100,8	100,7	101,5	100,0	99,9	99,9	95,3	94,8	99,8	99,8	64,0	192,9	55,7	170,4
	J	6636		98,9		100,4		99,4		99,8		94,9		98,8		63,6		57,1	
	J	6610		99,0		100,0		100,2		98,8		95,0		101,1		66,3		57,0	
	A	6585	6586	100,6	100,0	101,6	101,1	103,7	101,4	99,5	99,3	94,7	94,9	101,7	100,7	65,9	197,2	57,2	171,9
	S	6564		100,4		101,8		100,3		99,7		95,0		99,3		65,0		57,8	
	O	6543		100,5		101,7		100,7		99,5		93,4		100,5		68,2		58,5	
	N	6522	6523	101,0	100,6	102,5	101,8	100,3	100,2	99,7	99,4	91,4	93,3	101,1	100,2	67,7	203,6	59,0	177,4
	D	6507		100,4		101,1		99,6		99,0		95,0		98,9		67,6		59,9	
1997	J	6480		100,7		102,8		99,6		99,8		86,5		101,0		68,2		59,9	
	F	6466	6464	101,7	101,5	102,9	102,7	97,4	97,5	100,3	100,3	94,8	91,8	98,8	99,4	70,4	211,1	62,3	185,2
	M	6448		102,0		102,3		95,5		100,8		94,1		98,4		72,4		63,0	
	A	6435		102,6		104,6		101,0		97,9		91,9		100,1		69,0		59,9	
	M	6420	6422	102,0	103,0	103,7	105,2	95,6	99,3	99,1	98,7	88,1	89,9	99,3	100,0	73,6	216,7	65,5	188,3
	J	6412		104,4		107,2		101,2		99,0		89,8		100,6		74,1		62,9	
	J	6402		105,0		107,5		102,4		99,7		89,6		99,1		74,0		64,7	
	A	6394	6394	103,6	104,4	105,7	106,9	96,9	99,8	99,3	99,4	87,6	88,7	97,3	98,8	75,3	227,1	65,9	196,4
	S	6389		104,7		107,4		100,1		99,3		88,9		100,0		77,8		65,7	
	O	6389		105,8		108,3		99,8		99,7		88,2		101,0		75,9		66,8	
	N	6384	6384	106,4	106,5	108,6	108,8	101,8	101,1	99,8	100,1	88,1	87,7	97,7	99,7	77,7	232,2	67,9	201,1
	D	6380		107,2		109,6		101,7		100,8		86,9		100,4		78,5		66,4	
	J	6396		107,7		109,7		102,3		100,1		94,6		99,0		78,7		68,1	
	F	6392	6395	108,4	108,5	111,9	112,3	107,1	106,4	98,6	98,9	88,6	89,1	99,6	100,0	78,9	235,3	67,1	201,2
	M	6398		109,3		115,3		109,8		98,1		84,2		101,3		77,6		66,0	
	A	6403		109,1		112,3		105,7		101,4		80,9		99,5		83,2		71,7	
	M	6404	6404	110,3	109,3	114,7	112,8	111,4	108,0	99,9	100,4	83,4	81,9	100,0	99,4	78,4	241,2	65,0	205,9
	J	6406		108,4		111,5		106,8		99,9		81,4		98,8		79,5		69,3	
	J	6412		109,6		114,3		108,3		99,8		82,2		101,2		79,5		67,4	
	A	6416	6413	110,1	109,7	114,8	114,4	110,4	110,1	99,4	99,3	82,9	82,0	100,3	100,7	78,1	233,3	66,7	199,6
	S	6412		109,5		114,1		111,6		98,6		81,0		100,4		75,8		65,5	
	O	6407		109,9		115,8		115,0		98,0		83,4		99,3		77,6		65,2	
	N	6404		108,9		114,3		110,8		98,0		82,3		101,5		78,3		64,2	

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet.

— ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.